



Hochschule Neubrandenburg
University of Applied Sciences

**„Demokratiebildung für die Kindheitspädagogik – Handlungsansätze für
Partizipation und Mitbestimmung“**

Bachelor-Thesis

URN: urn:nbn:de:gbv:519-thesis 2019-0426-5

Vorgelegt von:

Konstantin Kraemer

Fachbereich Soziale Arbeit, Bildung und Erziehung

Studiengang Berufspädagogik für Soziale Arbeit, Sozial- und Kindheitspädagogik (B.A.)

7. Semester

Erstprüferin:

Prof. Dr. Júlia Wéber

Zweitprüferin:

Dr. Franziska Heyden

Abgabe: 27.01.2020

Eidesstattliche Erklärung

Ich erkläre hiermit an Eides Statt, dass ich die vorliegende Arbeit selbstständig und ohne Benutzung anderer als der angegebenen Hilfsmittel angefertigt habe. Die aus fremden Quellen direkt oder indirekt übernommenen Gedanken sind als solche kenntlich gemacht.

Die Arbeit wurde bisher in gleicher oder ähnlicher Form keiner anderen Prüfungsbehörde vorgelegt und auch noch nicht veröffentlicht

Neubrandenburg, den 27.01.2020

(Konstantin Kraemer)

Inhalt

Eidesstattliche Erklärung.....	2
1. Einleitung.....	4
2. Demokratie und Bildung – Begriffsbestimmung.....	6
2.1 Demokratie als Herrschaftsform.....	7
2.2 Demokratie als Gesellschaftsform	8
2.3 Demokratie als Lebensform.....	9
2.4 Bildung, Erziehung und Lernen	10
2.5 „Partizipation“ als Brücke zwischen Demokratie und Bildung.....	12
3. Relevanz von Demokratiebildung für die Kindheitspädagogik	13
3.1.Prävention: Vorbeugung „Demokratiefeindlicher“ Strukturen	14
3.2 Demokratie als Möglichkeit gesellschaftlicher Partizipation	15
3.3 Meinungsäußerung auch für nicht-Wahlberechtigte.....	19
3.4 Die Welt verstehen lernen - Elementares Wissen	21
3.5 Förderung von Toleranz, Verständnis, freier Meinung und Zivilcourage	22
4. Welche Strukturen begünstigen demokratisches Denken und Handeln?	24
4.1 Wirken Hierarchien in pädagogischen Institutionen Demokratiefördernd?	25
4.2 Wie demokratiefördernd sind Schulen, Politik und Medien?.....	28
5. Methoden der Demokratiebildung in der Kindheitspädagogik	30
5.1 Projektbezogen-partizipative Methoden	31
5.2 Offen-partizipative Methoden	32
5.3 Repräsentativ-partizipative Methoden	34
5.4 Weitere Methoden der Demokratiebildung.....	36
6. Bedeutung der Demokratiebildung für die Berufspädagogik für Sozialberufe	37
6.1 Funktion pädagogischer Fachkräfte als Multiplikator	37
6.2 Überwältigungsverbot, Neutralitätsgebot und Bildungsauftrag.....	38
6.3 Vorbildfunktion als Lehrperson.....	39
Zusammenfassung	41
Anhang	44
Quellen.....	45

1. Einleitung

***"So wie die Freiheit eine Voraussetzung für die Demokratie ist,
so schafft mehr Demokratie erst den Raum, in dem Freiheit praktiziert werden kann."***

Willy Brandt

Die Freiheit ist ein hohes Gut der Menschheit - manche sagen sogar das Höchste. Gerade in der deutschen Geschichte brauchen wir nicht weit zurück zu blicken, um zu erkennen, dass Freiheit nicht selbstverständlich ist. Nach Nazi-Diktatur und SED-Regime, in denen Kontrolle und Gewalt zur Sicherung der Herrschaft dienten, leben wir heute, 30 Jahre nach der „Friedlichen Revolution“ in einem demokratischen und zumeist weltoffenen Staat. Demokratische Werte wie freie Meinung, Toleranz, Versammlungsfreiheit und Gleichberechtigung sind Errungenschaften, die nicht selbstverständlich sind.

Im Jahr 2019 waren zuletzt 15% der befragten Bürger sehr zufrieden und 57% ziemlich zufrieden mit der Art und Weise, wie die Demokratie in Deutschland funktioniert.¹ Ebenso zeigt die Befragung, dass 21% der Bürger nicht sehr zufrieden und 6% sogar überhaupt nicht zufrieden mit der Demokratie in Deutschland waren.² In den letzten Jahren ist in Deutschland und weiteren europäischen Ländern ein vermehrter Zulauf bei populistischen Parteien zu verzeichnen. Diese werden teilweise als Gefahr für die Demokratie wahrgenommen. So spiegelt das Ergebnis einer Umfrage im Juli 2019, dass 78% der befragten in der AfD eine Gefahr für die Demokratie sehen.³ Andererseits gehen viele junge Menschen in Deutschland und der Welt auf die Straßen, um mit *Fridays for Future* für die Einhaltung der Klimaziele zu demonstrieren. Viele junge Menschen, engagieren sich somit politisch und setzen sich demokratisch für das Erreichen ihrer Ziele ein. Demokratie lebt unter anderem vom gesellschaftlichen Engagement und auch von der Veränderung und dem Pluralismus. Doch was bedeutet Demokratie für die Bildung?

Die Literaturrecherche bietet eine Vielzahl von Treffern für den Zusammenhang zwischen **Demokratiebildung** und Schule. Hier bietet *Gerhard Himmelmann* eine breite Grundlage und stellt grundlegende Annahmen für die Demokratiebildung auf. Weniger befasst sich die Fachliteratur jedoch mit Demokratiebildung im Bereich der **Kindheitspädagogik**. Auch im Vergleich der Länderinternen Bildungspläne zeigt sich ein sehr heterogenes Bild im Umgang mit

¹ Vgl. Statista.com: Zufriedenheit mit der Demokratie in Deutschland

² Vgl. ebd.

³ Vgl. Statista.com: Gefahr für die Demokratie in Deutschland durch die AfD 2019

Demokratiebildung. Von der „Kinderstube der Demokratie“ in Schleswig-Holstein⁴ bis hin zu keiner nennenswerten Erwähnung in der Bildungskonzeption Mecklenburg-Vorpommern⁵ ist es geografisch betrachtet nur ein Katzensprung. In der fachlichen Auseinandersetzung liegen jedoch Welten zwischen den Nachbarländern. Nahezu einheitlich ist allerdings überall das Ziel Kinder zu „mündigen Bürgern“ zu erziehen. „Mündigkeit“ bedeutet volljährig, geschäftsfähig und straffähig zu sein – also Verantwortung für sein Handeln zu übernehmen. Es meint aber auch Selbstbestimmtheit und Urteilsfähigkeit und die Fähigkeit nicht nur für sich selbst, sondern auch für den Staat und die Gesellschaft Verantwortung zu übernehmen. In einer Demokratie sind diese Eigenschaften besonders wichtig.⁶

Weiterhin kann die Umsetzung der Kinderrechte einen elementaren Bestandteil in der Arbeit der Kindheitspädagogik ausmachen. Der professionelle Umgang mit Kinderrechten und die Ausgestaltung der Arbeit auf deren Grundlage kann bereichernde und vielfältige Prozesse in Gang setzen.

Um die Demokratie, als die vermutlich fairste Herrschaftsform auch in Zukunft um uns zu haben, soll diese Arbeit sich mit der Frage beschäftigen, in welchem Alter am besten mit Demokratiebildung begonnen werden sollte. Funktioniert Demokratiebildung bereits in der frühen Kindheit? Und wie kann dies gelingen? Die Erkenntnisse sollen aufzeigen, wie Demokratiebildung schon von der frühen Kindheit an funktionieren kann, um die Entwicklung von Kindern nachhaltig zu unterstützen. Durch eine Vielzahl praktischer Gestaltungsmöglichkeiten, sowie didaktischer Empfehlungen sollen in dieser Arbeit auch für Praktiker*innen (Kindheitspädagog*innen und Erzieher*innen) und Berufspädagog*innen methodische Möglichkeiten der Demokratiebildung aufgezeigt und nutzbar gemacht werden.

Im Hauptteil beginnen wir mit allgemeinen Begriffsbestimmungen und beschäftigen uns mit den Formen der Demokratie. Da wir uns mit dem Zusammenhang von Demokratie und Bildung, also Demokratiebildung befassen, werden auch Bildung, Erziehung und Lernen näher betrachtet. Der Begriff Partizipation soll schließlich die grundlegenden Begriffe dieser Arbeit vervollständigen.

Um die Relevanz von Demokratiebildung für die Kindheitspädagogik festzustellen, werden im Folgenden Abschnitt mehrere Aspekte beleuchtet. Hier sollen neben der Präventionsarbeit als

⁴ Vgl. Ministerium SH ...

⁵ Vgl. Ministerium MV ...

⁶ Vgl. bpb – Online: Das junge Politik-Lexikon - Mündigkeit

Vorbeugung vor „Demokratiefeindlichkeit“ vor allem auch Möglichkeiten aufgezeigt werden, bei denen Kinder sich beteiligen und ihre Meinung äußern können. Hierbei werden auch Unterschiede zwischen Erwachsenen und Kindern deutlich. Zudem soll der Wert von Demokratiebildung hervorgehoben und aufgezeigt werden wie Kinder sich elementares Wissen aneignen und dabei demokratische Werte kennenlernen können.

Anschließend beschäftigt sich diese Arbeit mit Strukturen, die demokratisches Denken und Handeln begünstigen können. Hierbei sollen vor allem Hierarchien in pädagogischen Institutionen im Fokus stehen und analysiert werden, wie demokratiefördernd deutsche Schulen, Politik und Medien sind.

Als Handlungsansätze (Methoden) der Demokratiebildung sollen im nächsten Abschnitt mehrere Beispiele vorgestellt werden. Hierbei werden vielfältige Möglichkeiten aufgezeigt, wie Kinder von der alltäglichen lebensweltlichen Ebene über die gesellschaftsebene bis hin zur herrschaftlichen Ebene demokratisch partizipieren können.

Zu guter Letzt schließen wir mit der Bedeutung der Demokratiebildung für die Berufspädagogik. Hierbei wird zunächst die Rolle pädagogischer Fachkräfte als Multiplikator betrachtet. Der für Lehrkräfte in der Demokratiebildung wichtige „Beutelsbacher Konsens“ gibt einen wichtigen Handlungsrahmen vor, den es zu beachten gilt. Die Vorbildfunktion als Lehrer*in umfasst jedoch noch weitere Facetten, die den Abschluss dieser Arbeit einläuten sollen.

2. Demokratie und Bildung – Begriffsbestimmung

Der Begriff „Demokratie“ bezeichnet im deutschen Sprachgebrauch die Herrschaft des Volkes. Der Begriff stammt von *demos* – altgriechisch für „Staatsvolk“ und *krátos* - altgriechisch für „Gewalt“, „Macht“ oder „Herrschaft“. Die Demokratie wird nach dem Duden als ein „politisches Prinzip, nach dem das Volk durch freie Wahlen an der Machtausübung im Staat teilhat“⁷ benannt. Auch wird Demokratie als „Regierungssystem, in dem die vom Volk gewählten Vertreter die Herrschaft ausüben“⁸ bezeichnet. Als Beispiele werden hier eine unter anderem die mittelbare, die parlamentarische, die repräsentative und die unmittelbare Demokratie aufgezählt.⁹

⁷ DUDEN Online – Demokratie, die

⁸ Ebd.

⁹ Vgl. ebd.

Die „Herrschaft des Volkes“, hat viele Facetten. Zu ihr gehören neben der reinen politischen Regierung eines Landes auch gesellschaftliche und lebenspraktische Aspekte, welche zur Gestaltung eines demokratischen Miteinanders beitragen und/oder sogar notwendig sind. Nach Gerhard Himmelmann bestehen im Wesentlichen drei Unterscheidungsformen, nach denen eine Demokratie interpretiert werden kann. In den folgenden Abschnitten werden die drei Gesichtspunkte - Demokratie als Herrschaftsform, Demokratie als Gesellschaftsform und Demokratie als Lebensform genauer betrachtet. Anschließend folgen die Bestimmungen der Begriffe Bildung, Erziehung und Lernen, welche abschließend durch den Begriff Partizipation ergänzt werden.

2.1 Demokratie als Herrschaftsform

Demokratie wird gemeinhin als eine spezifisch politische, staatlich-institutionelle Herrschaftsform bezeichnet.¹⁰ Die „politische Demokratie“ beruht auf Volkssouveränität und Rechtsstaat und der verfassungsmäßigen Anerkennung der geltenden Menschen- und Bürgerrechte. Ebenso gehören Kontrolle der Macht und Gewaltenteilung, sowie Repräsentation und Parlamentarismus, Parteienwettbewerb, Mehrheitsprinzip, Minderheitenschutz und die soziale Sicherung der Menschen dazu.¹¹ So komplex dies alles klingen mag, so gehört zu einer Demokratie noch einiges mehr. Um die Beteiligung und Verteilung der Macht zu gewähren, werden in demokratisch geführten und parlamentarisch regierten Ländern regelmäßig Wahlen abgehalten, bei denen alle Wahlberechtigten Abgeordnete in ein Parlament wählen. Die konkrete Ausgestaltung hängt von der jeweiligen Verfassung des Landes, in Deutschland dem Grundgesetz, ab. Hier werden grundlegende Gesetze festgehalten, welche neben den Rechten eines jeden Bürgers auch die Grundstruktur der (demokratischen) staatlichen Organisation, die Prinzipien der Wahlen und dessen Kontrollmechanismen festlegen. Ebenso finden sich in den Verfassungen die Grundlagen der Gewaltenteilung. In Deutschland wird diese in die *legislative* (gesetzgebende), *exekutive* (vollziehende) und *judikative* (Recht sprechende) *Gewalt* aufgeteilt.¹² Dies dient dazu dem Machtmissbrauch und autokratischen Tendenzen vorzubeugen und somit die Demokratie und die Rechte der Bürger zu schützen.

Die rein herrschaftlichen politischen Begebenheiten einer Demokratie können jedoch nicht alle Aspekte greifen, die in einer demokratischen Gesellschaft relevant für eine „lebendige und

¹⁰ Vgl. Himmelmann 2017, S. 19

¹¹ Vgl. ebd.

¹² Vgl. Deutscher Bundestag (Online)

funktionierende“ Demokratie sind. Demokratie wird von Himmelmann auch als stetiger Lernprozess, also nicht als gesicherter „Zustand“, oder „institutionelles Arrangement“ beschrieben, sondern dass sich die Demokratie in „Zusammenarbeit zu gemeinschaftlichen Zwecken“ stets neu bewähren muss.¹³ Die Dynamik und Zukunftsausrichtung, sowie die Lebensnähe, welche für die Verbesserung der bestehenden Verhältnisse sorgen sollen, stehen für Himmelmann ebenso im Fokus.¹⁴ Gerade diese Aspekte zeigen auf, dass eine Demokratie mehr ausmacht, als die reine Herrschafts- und Regierungsform. Im Folgenden Abschnitt wird daher die Demokratie als Gesellschaftsform näher betrachtet.

2.2 Demokratie als Gesellschaftsform

Wie wichtig gesellschaftliche Aspekte für das „Gelingen“ einer Demokratie sind, zeigt sich vor allem, wenn „neue“ oder „junge“ Demokratien entstehen. Die Stabilität des Staatssystems hängt hierbei in hohem Maße davon ab, dass die Gesellschaft hinter der Regierungsform steht und diese mehrheitlich unterstützt. Um dauerhaft „lebensfähig“ zu sein braucht sie eine breite zivilgesellschaftliche und individuelle Verankerung.¹⁵ Das Demokratie-Lernen sollte hierbei vor allem auch „gesellschaftliches Lernen“ umfassen, damit die Kinder und Jugendlichen erkennen lernen, in welche Gesellschaft sie hineinwachsen und welche Verhaltensweisen das Zusammenleben in einer demokratischen Gesellschaft prägen.¹⁶ Eine demokratie-zugewandte Gesellschaft und die darauf aufbauende Herrschaftsform bedingen sich also gegenseitig und sind für eine lebendige Ausgestaltung der Demokratie gleichermaßen wichtig.

Demokratie als Gesellschaftsform beinhaltet gesellschaftlichen Pluralismus, welcher zum Beispiel auf sozialer, politischer, ethnischer, religiöser Ebene stattfindet und durch unterschiedliche Verbände, Vereine und Initiativen vertreten ist.¹⁷ Dazu zählen zum Beispiel Gewerkschaften, Vereine oder religiöse Gemeinschaften. Weiterhin gehört ein funktionsfähiges autonomes System zur Konfliktregulierung dazu, welches vielfältige Dialog-, Verhandlungs- und Mitbestimmungssysteme beinhaltet.¹⁸ Eine faire und soziale Marktwirtschaft, welche Sozialpolitik und Ökologie beinhaltet gehört genauso zu einer demokratischen Gesellschaft, wie eine

¹³ Vgl. Himmelmann 2017, S. 20

¹⁴ Vgl. ebd.

¹⁵ Vgl. ebd.

¹⁶ Vgl. Himmelmann 2017, S. 20 f.

¹⁷ Vgl. Himmelmann 2017, S. 21

¹⁸ Vgl. ebd.

freie und vielfältige Öffentlichkeit (Medien) und letztlich ein breites öffentliches Engagement der Bürger.¹⁹

Auch auf gesellschaftlicher Ebene zeichnet sich ab, dass Demokratie ein recht komplexes und kompliziertes System beinhaltet. Es bestehen interaktive und kooperative Zusammenhänge, welche sich auf gesellschaftlicher und herrschaftlicher Ebene gegenseitig bedingen. Und auch im Alltag eines jeden Bürgers findet Demokratie statt, weshalb Demokratie als Herrschaftsform und als Gesellschaftsform im Folgenden Abschnitt um die Demokratie als Lebensform ergänzt werden soll.

2.3 Demokratie als Lebensform

Die alltagsspezifische Form der Demokratie soll in diesem Abschnitt als „Lebensform“ näher beschrieben werden. So bezeichnet die Demokratie neben den herrschaftlichen und gesellschaftlichen Aspekten auch das alltägliche Geschehen im sozialen Zusammenleben der Menschen. Die Ausgestaltung kann sehr divers und individuell ausfallen und umfasst neben persönlichen Einstellungen und Meinungen auch den Ausdruck durch Kultur.

Himmelmann spricht in diesem Zusammenhang von der „Mikro-Ebene“ der Demokratie, welche eine Grundvoraussetzung für eine gesellschaftliche und herrschaftliche Demokratie darstellt.²⁰ Demokratie als Lebensform geht zurück an die Basis und sucht Anschluss an die individual- und sozialmoralischen Grundlagen der bestehenden politischen Demokratie.²¹ Wichtige Begriffe lassen sich auch aus dem Grundgesetz ableiten, welche das Alltagsleben in der hiesigen Demokratie bezeichnen und eine Brücke zwischen dem alltäglichen Leben, der herrschaftlichen sowie der gesellschaftlichen Form der Demokratie schlagen. So besagt Artikel 3 des Grundgesetzes: (1) „Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich.“ (2) „Männer und Frauen sind gleichberechtigt. Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin.“ und (3) „Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden. Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt

¹⁹ Vgl. ebd.

²⁰ Vgl. Himmelmann 2017, S. 23

²¹ Vgl. Himmelmann 2017, S. 22

werden.“²² Hier wird ersichtlich, dass die Grundrechte (und auch Pflichten) der Bürger in der Verfassung niedergeschrieben sind und somit konkrete Lebensrelevante Aspekte zum Ausdruck bringen. Die Grundwerte eines sozialen Miteinanders, wie Gleichberechtigung, Toleranz, Solidarität und Chancengleichheit (etc.) bilden wichtige Grundlagen für die „Demokratie als Lebensform“.

Um nun einen Zusammenhang zwischen Demokratie und Bildung herstellen zu können, soll der folgende Absatz sich mit Bildung und genau diesem Zusammenhang, der Demokratiebildung befassen.

2.4 Bildung, Erziehung und Lernen

Der Begriff der Bildung umfasst ein vermutlich ähnlich komplexes und weites Feld wie der Demokratiebegriff, weshalb der Begriff der Bildung für diese Arbeit in diesem Abschnitt genauer definiert und eingegrenzt werden soll.

Bildung wurde im Zeitalter des Neuhumanismus als Gestaltungsprozess des Wachsens und Werdens der gesamten organischen Natur aufgefasst. Die Lateinischen Begriffe *formatio* als Bildung oder Gestaltung und *cultura* als Anbau, Ausbildung, Bearbeitung, Landwirtschaft wurden in die deutsche Sprache übernommen. Auf den Menschen bezogen wurde darunter die Formung des individuellen Geistes, das Streben nach Weisheit und Urteilsfähigkeit, die Erkenntnisse der Geschichte sowie die Fähigkeit, sich individuell zu vervollkommen verstanden.²³ Heutige Sichtweisen betonen den Stellenwert der Selbstbildung des Menschen, bei dem individuell Erlerntes, Erfahrenes, erworbene Kompetenzen und verinnerlichte Werte und Normen dazu befähigen autonom und sozial zu handeln.²⁴

„Bildung beschreibt subjektive Aneignungsprozesse, die zu veränderten Selbst-Welt-Verhältnissen und zu autonomer Selbstbestimmung im gesellschaftlichen Kontext führen. Sie setzen sowohl Lernen als auch Erziehung voraus, d.h. pädagogisches Handeln, das kognitive und soziale Grundlagen legt. Dazu gehört sowohl Unterstützung bei der Lebensbewältigung als auch Anerkennung. Nur partizipatorische Erziehung fördert potenziell auch emanzipatorische

²² Gesetze im Internet: GG Art. 3

²³ Vgl. Büchin-Wilhelm/Jaszus 2016, S. 18

²⁴ Vgl. edb.

Bildungsprozesse.“²⁵, beschreibt Walther in diesem Zusammenhang und nennt die wechselseitigen Beziehungen zur Erziehung und Lernen.

Erziehung beschreibt bewusste und absichtsvolle Handlungen, die es Kindern und Jugendlichen ermöglichen, in eine Gesellschaft hineinzuwachsen, mit dem Ziel, mündig und selbstständig zu werden. Erziehung kann in einem personalen Verhältnis (z.B. Eltern – Kind, Erzieher*in – Kind), einem interaktiven Verhältnis (z.B. peer-group) oder als generationsbezogenes Verhältnis mehrerer Generationen zueinander (Eltern, Großeltern, Kind) stattfinden.²⁶ Das Zusammenspiel von Erziehung und Bildung im Zusammenhang mit Demokratie, also „Demokratie-Erziehung“ scheint unter dem Gesichtspunkt der Selbstbildung fragwürdig. Doch stellt die Demokratie, wie in den vorherigen Abschnitten beschrieben, ein komplexes Konstrukt aus Herrschafts-, Gesellschafts- und Lebensform dar, welches gerade im Kindesalter ohne die Hilfe von erfahreneren Menschen (zum Beispiel Eltern, Erzieher*innen oder Lehrer*innen) schnell unübersichtlich und möglicherweise auch langweilig werden, wodurch junge Menschen womöglich weiter weg von intrinsischer Motivation und Selbstbildung geführt werden könnten. Ein geschicktes didaktisches Vorgehen scheint hier sinnvoll. Dieses soll in späteren Abschnitten dieser Arbeit vertieft werden.

Der Begriff des Lernens scheint hingegen unstrittig mit dem Begriff der Bildung verbunden zu sein. Gerade im Bezug zur Selbstbildung schließt sich das konstruktivistische Bildungsverständnis nahtlos an. Dieses beschreibt, dass aktives Lernen den Lernprozess von Kindern (Menschen), besonders im Vorschulalter, entscheidend begünstigt.²⁷ Der Prozess des Lernens ist nicht direkt beobachtbar, jedoch sind der Zuwachs von Erfahrungen und Verhaltensveränderungen klare Indikatoren zur Bestätigung, dass Lernen stattgefunden hat. Lernende Individuen eignen sich Wissen an, passen sich an neue Situationen an, begreifen und verstehen, ahmen nach, verändern sich und sind in der Lage sich auf zukünftige Ereignisse vorzubereiten (z.B. durch Übung, Training, Planung).²⁸ „Demokratie-Lernen“, ein Begriff der auch von Himmelmann bevorzugt verwendet wird, bringt also vor allem die aktive Rolle der Lernenden zum Ausdruck.

Die nun hervorgehobenen Begriffe „Demokratie-Bildung“, „Demokratie-Erziehung“ und „Demokratie-Lernen“ sollen jedoch nicht in Konkurrenz zu einander stehen. Zugunsten der

²⁵ Walther 2011, S. 26

²⁶ Vgl. Büchin-Wilhelm/Jaszus 2016, S. 16

²⁷ Vgl. Büchin-Wilhelm/Jaszus 2016, S. 89

²⁸ Vgl. ebd.

Lesbarkeit wird im Folgenden der Begriff der „Demokratiebildung“ verwendet, welcher die in diesem Abschnitt erläuterten Inhalte von Erziehung und Lernen beinhaltet.

2.5 „Partizipation“ als Brücke zwischen Demokratie und Bildung

In der Literatur und auch der Praxis fällt im Zusammenhang mit Demokratiebildung immer wieder der Begriff „Partizipation“. Partizipation beschreibt in erster Linie das Teilnehmen, Teilhaben oder Beteiligtsein an etwas.²⁹ Im pädagogischen Kontext meint sie auch die Möglichkeiten der Mitbestimmung, die Kinder zum Beispiel in der Gestaltung des Alltags, im Aufstellen von Regeln oder der Raumgestaltung haben. Konzeptionelle Beispiele für Partizipation finden sich im Situationsansatz, in dem durch die intensive Einbeziehung von Kindern in Entscheidungen, aus denen sich vor allem thematische Projekte, welche von Kindern und Erwachsenen gemeinsam entwickelt wurden, entstehen.³⁰ Projekte können natürlich ein grundlegender und sinnvoller Anstoß sein. Um eine echte und langfristige Teilhabe umzusetzen und diese zur „Demokratie als Lebensform“ werden zu lassen braucht es vermutlich jedoch mehr.

Lothar Klein und Herbert Vogt befassten sich in den 1990er Jahren mit den basisdemokratischen Ideen des französischen Reformpädagogen Célestin Freinet, als Grundlage für Partizipation in Kindertageseinrichtungen und schrieben dazu: „Den Kindern das Wort zu geben, also kindzentriert zu denken und zu handeln, bedeutet (...) in andauernden Veränderungsprozessen mit Kindern gemeinsam, auf nur jeweils konkrete Situationen bezogen und individuell zugeschnitten auszuhandeln, wo die Grenzen der Freiheit liegen, und wer wem gegenüber bis wohin verantwortlich ist. (...) In Gruppenbesprechungen, im Kinderrat, in Werkstatt- oder Finanzräten entscheiden Kinder über alle möglichen Angelegenheiten des Zusammenlebens im Alltag.“³¹

Eine kindzentrierte Herangehensweise, ob nun auf Grundlage des Situationsansatzes, der Freinet-Pädagogik oder anderen Konzepten, mit der Kindern zugetraut wird Entscheidungen über ihre Angelegenheiten zu treffen – mit positiven, wie auch negativen Auswirkungen, scheint als geeignete Grundlage von echter Partizipation (und ebenso als Grundlage für Demokratiebildung) obligatorisch. Die Kinder können auf diese Art Selbstwirksamkeit erfahren. Sie sammeln

²⁹ DUDEN Online – Partizipation, die

³⁰ Vgl. Danner 2018, S. 1

³¹ Vgl. Klein/Vogt 1998, S. 57 f.

Erfahrungen im Umgang mit Entscheidungsfindung, Treffen von Entscheidungen und den Auswirkungen ihres Handelns.

Welche Relevanz die Demokratiebildung für die Kindheitspädagogik hat soll in den nächsten Abschnitten genauer unter die Lupe genommen werden.

3. Relevanz von Demokratiebildung für die Kindheitspädagogik

Als die „Kinderstube der Demokratie“ beschreibt das Ministerium für Soziales, Gesundheit, Wissenschaft und Gleichstellung des Landes Schleswig-Holstein den Stellenwert der Demokratiebildung in seinen Leitlinien zum Bildungsauftrag in Kindertageseinrichtungen.³² Diesen Stellenwert teilen jedoch nicht alle Länder gleichermaßen. In den Bildungsplänen für Kindertageseinrichtungen³³ ist der Etablierungsgrad uneinheitlich. Das Thema Partizipation wird hierbei sehr unterschiedlich behandelt und erhält einen entsprechend unterschiedlichen Stellenwert in den jeweiligen Bildungsplänen. Stefan Danner beschreibt, dass die Bildungspläne der Bundesländer das Thema Partizipation sehr unterschiedlich behandeln. Er fasst die Bildungspläne deshalb in vier verschiedene Varianten zusammen:³⁴

- a) „Kinderstube der Demokratie“ – detaillierte einschlägige Ausführungen, Partizipationsrechte müssen institutionell verankert sein
- b) Demokratische Teilhabe wird nachdrücklich unterstützt – offen in welcher Form Teilhabe ermöglicht werden soll und inwiefern eine institutionelle Verankerung erforderlich ist
- c) Beteiligung wird benannt und bejaht – Umfang und Form des Mitbestimmens sowie Verbindlichkeit bleiben offen
- d) Meinungsäußerungen werden Kindern zugestanden – offen bleibt der Stellenwert der Meinungsäußerungen im Kita-Alltag³⁵

Der partizipative Ansatz wird in den Leitlinien des Landes Schleswig-Holstein genauer erläutert: „Demokratie basiert auf den Menschenrechten und den damit verbundenen Grundwerten Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität. Dass diese individuellen Rechte der einzelnen

³² Vgl. Ministerium für Soziales, Gesundheit, Wissenschaft und Gleichstellung des Landes Schleswig-Holstein 2012, S. 14

³³ Dies stellt keinen einheitlichen Begriff dar, da jedes Bundesland seine eigenen Bildungspläne entwickelt und benennt.

³⁴ Vgl. Danner 2018, S.2

³⁵ Vgl. Danner 2018, S. 2 f.

Gesellschaftsmitglieder auch für Kinder gelten, ist international in der UN-Konvention für die Rechte des Kindes vom 20. November 1989 vereinbart. Demokratie als Leitprinzip sichert den Kindern demokratische Rechte zu und wendet sich gegen undemokratische Verfahrensweisen. Demokratie als Leitprinzip unterstützt Kinder darin, am Leben in einer demokratischen Gesellschaft autonom, solidarisch und kompetent teilhaben zu können.³⁶

Die angesprochene UN-Konvention für die Rechte des Kindes, auch als UN-Kinderrechtskonvention bekannt, nennt detaillierte Regeln zum Schutz der Kinder weltweit. Sie sollen Kinder allerdings nicht nur vor Gewalt oder Ausbeutung schützen, sie sind vielmehr eine Art Verfassung, welche als Grundlage für die bestmöglichen Lebensbedingungen der Kinder dienen soll. So zählen zum Beispiel auch das Recht auf Bildung und Freizeit dazu.³⁷ Die UN-Kinderrechtskonvention gibt es auch in „einfacher Sprache“. Sie erklärt in vereinfachter Sprache kurz, knapp und kindgerecht alle Artikel der Konvention. Die UN-Kinderrechtskonvention besagt wörtlich: „Die Vertragsstaaten sichern dem Kind, das fähig ist, sich eine eigene Meinung zu bilden, das Recht zu, diese Meinung in allen das Kind berührenden Angelegenheiten frei zu äußern, und berücksichtigen die Meinung des Kindes angemessen und entsprechend seinem Alter und seiner Reife.“³⁸

Die Konvention beinhaltet also klar demokratische Grundgedanken sowie die Aufforderung Kinder partizipieren zu lassen und sie ernst zu nehmen. Weitere Artikel beschreiben die ebenfalls sehr demokratisch anmutenden Rechte zum Beispiel auf Meinungs- und Informationsfreiheit (Art. 13), Gedanken-, Wissens-, und Religionsfreiheit (Art. 14) und Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit (Art. 15).

Die Relevanz von Demokratiebildung in der Kindheitspädagogik sollte auf dieser Grundlage außer Frage stehen.

3.1. Prävention: Vorbeugung „Demokratiefeindlicher“ Strukturen

Viele Projekte der „politischen Bildung“ laufen unter dem Motto der Extremismus-Prävention. Dies scheint wenig verwunderlich, schaut man sich einige prominente Ereignisse der letzten Jahre an:

³⁶ Ministerium für Soziales, Gesundheit, Wissenschaft und Gleichstellung des Landes Schleswig-Holstein 2012, S. 14

³⁷ Vgl. UNICEF

³⁸ UN-Kinderrechtskonvention Art. 12 (1)

Anschlag in Halle: Am 09. Oktober 2019 erschoss ein 27-jähriger Mann zwei Passanten in Halle, nachdem er vergeblich versuchte gewaltsam eine Synagoge zu stürmen. Nach Ermittlungen handelte es sich um einen Rechtsextremisten.³⁹

G20-Gipfel in Hamburg 2017: Vier Tage Ausnahmezustand. Auseinandersetzungen zwischen Polizei und gewalttätigen Demonstranten. Politiker fordern verschärftes Vorgehen gegen Linksextremisten.⁴⁰

Anschlag auf Berliner Weihnachtsmarkt: Am Abend des 16. Dezember 2016 wurde ein Lastwagen absichtlich auf einen Weihnachtsmarkt am Berliner Breitscheidplatz gelenkt, um möglichst viele Menschen zu töten. Der Täter wurde als Radikaler-Islamist identifiziert.⁴¹

Diese drei einschlägigen Ereignisse stehen beispielhaft für viele extremistische Taten verschiedener Richtungen, welche als Gefahr für die Demokratie eingestuft werden. Politik, Forschung und Sicherheitsbehörden befassen sich immer wieder mit der Prävention solcher Ereignisse. Die Suche nach dem Begriff „Prävention“ auf der Homepage der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb), ergibt 250 Treffer (maximal angezeigte Trefferzahl). Die meisten Dokumente zeigen Hintergründe und Dokumentationen zur Prävention von rechts-, links-, oder religionsmotiviertem Extremismus.⁴²

Damit Kinder rechtzeitig lernen einen konstruktiven Umgang mit Konflikten zu gestalten und lernen ihre Meinung friedlich und Verfassungskonform auszudrücken, scheint es also von besonderer Bedeutung zu sein schon in jungen Jahren mit Demokratiebildung zu beginnen und ihnen ein demokratisches Umfeld zu bieten. Die Rolle der pädagogischen Fachkräfte ist hierbei ein elementarer Bestandteil gelingender Demokratiebildung. Auf diesen Aspekt soll in Punkt 4 näher eingegangen werden.

3.2 Demokratie als Möglichkeit gesellschaftlicher Partizipation

Gesellschaftliche Partizipation ist ein Grundgedanke der Demokratie. Schon im alten Griechenland, wo die vermutlich erste Demokratie entstand, wurden Bürger aus allen Bevölkerungsschichten einbezogen. Die Volksherrschaft war in der damaligen Form als direkte und unmittelbare Demokratie ausgelegt, bei der die Bürger selbst in Sitzungen und Besprechungen teilnahmen und die Sitze gleichermaßen auf alle Bevölkerungsschichten verteilt

³⁹ Vgl. MDR.de

⁴⁰ Vgl. Zeit.de

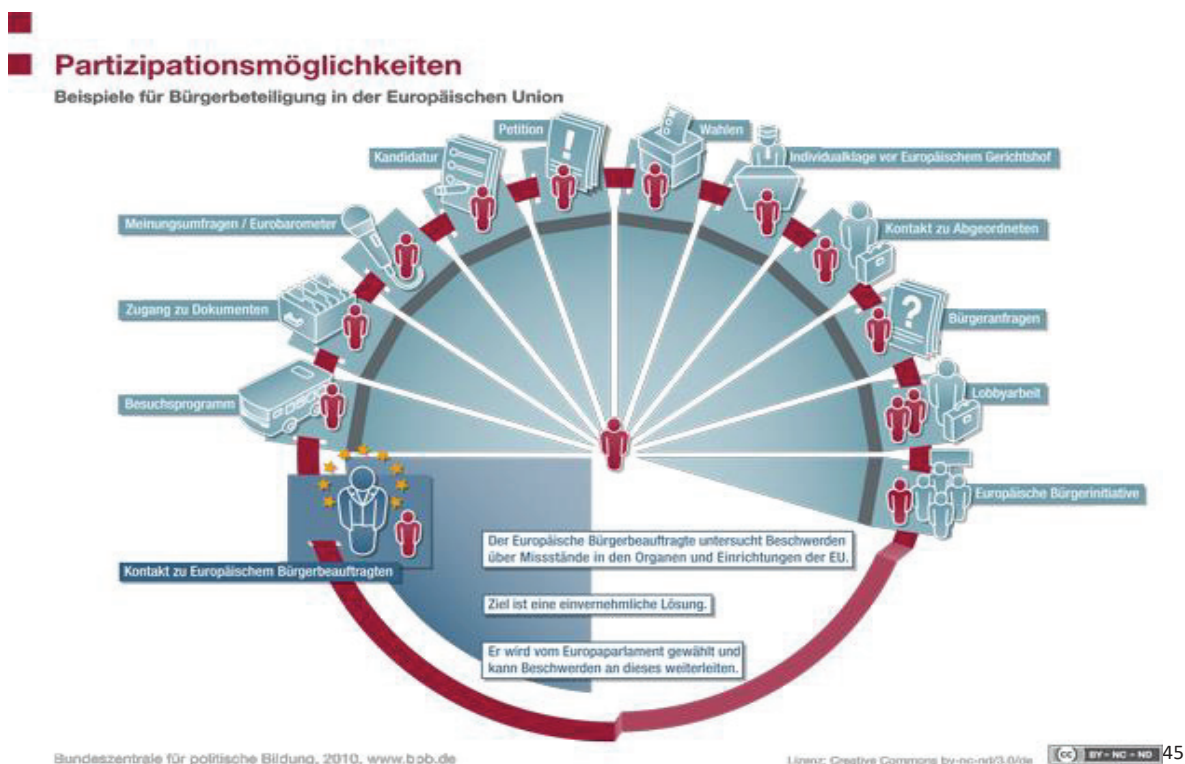
⁴¹ Vgl. Spiegel.de

⁴² Vgl. bpb – Online: Suche „Prävention“

wurde.⁴³ Dies passierte allerdings im Rahmen der Selbstregierung der athenischen Bürgerschaft, in der die Bevölkerungszahl sich damals im Bereich einiger Tausend bewegte.

Heute werden die Stimmen lauter, die Bevölkerung wieder mehr und unmittelbarer in politische Prozesse einzubeziehen. Durch den Ausbau von Digitalisierung samt moderner Medien könnten Möglichkeiten geboten werden mehr Partizipation der Gesellschaft zu ermöglichen. Doch auch im Zugang zu digitalen Medien und in der Kompetenz im Umgang damit herrscht in weiten Teilen der Gesellschaft Ungleichheit.⁴⁴ Hoffnungen und Ängste scheinen sich im Bereich der Digitalisierung nahezu auszugleichen, daher bleibt abzuwarten, wie weit sich die Politik dem Thema öffnen und Versuche unternehmen werden, die Bürger zukünftig durch digitale Medien partizipieren zu lassen. Perspektivisch könnte es vorstellbar sein, dass die Generation der „Digital-Natives“ (beschreibt die Generation von Menschen, die von Geburt an mit digitalen Medien aufwächst – also heutige Kinder und Jugendliche) offener für die demokratische Nutzung dieser Medien sein wird und einen entsprechend anderen Umgang hiermit pflegen würde.

Digitale Beteiligung ist allerdings nur eine von viele Möglichkeiten in einer Demokratie zu partizipieren.



⁴³ Vgl. bpb – Demokratie S. 4 ff.

⁴⁴ Vgl. Kutscher (bpb-Online)

⁴⁵ Abb.1: Bundeszentrale für politische Bildung: Partizipationsmöglichkeiten EU, 2010

Wie in Abb. 1 zu sehen ist, wurden für von Seiten der Europäischen Union einige Partizipationsmöglichkeiten dargestellt. An dieser Stelle soll die Rolle des „Europäischen Bürgerbeauftragten“ aufgezeigt werden. Diese*r soll Beschwerden und Missstände in den Organen und Einrichtungen der EU untersuchen. Bürgerbeauftragte sind unabhängig von Weisungen und Regierungen und arbeiten unparteilich. Sie sind also neutral und geben, sofern Missstände aufgedeckt werden ihre Stellungnahme ab, um diese dem Parlament aufzuzeigen und nach Möglichkeit zu beseitigen.

Doch hat das auch etwas mit Kindheitspädagogik zu tun? – Obgleich Kinder, genau wie Erwachsene in der Regel als Bürger gelten, so sind ihre Rechte bis zum Erreichen der Volljährigkeit noch begrenzt. Um auch Kindern, gerade wegen ihrer schwächeren Stellung in der Gesellschaft eine Interessensvertretung zur Seite zu stellen, werden vielerorts Kinderbeauftragte eingesetzt. Sie sind ebenso wie Bürgerbeauftragte unabhängig von Weisungen und Regierung und arbeiten ebenfalls unparteilich. Sie sind jedoch speziell für die Belange von Kindern und Jugendlichen zuständig. Bisher hält sich die „große politische Ebene“ in diesem Punkt zurück. Bis dato gibt es keinen Kinderbeauftragten der Deutschen Bundesregierung, auch wenn einige Parteien dies seit geraumer Zeit fordern. Kinderbeauftragte sind allerdings immer häufiger auf der Ebene von Kreisen, Städten und vereinzelt auch auf Landesebene zu finden.⁴⁶ So gab es im Jahr 2018 circa 100 Kinderbeauftragte in Deutschland, unter anderem auch einen von der Landesregierung berufenen Kinderbeauftragten in Sachsen-Anhalt. Dieser „hat die Aufgabe, die UN-KRK bekannt zu machen, die Sicht der Kinder auf Gesetzesvorhaben und Maßnahmen der Landespolitik einzubringen sowie die Position der Kinder z.B. bei der Geltendmachung ihrer Rechte zu stärken. Er ist Ansprechpartner für Kinder und für diejenigen, die sich um deren Wohl bemühen.“⁴⁷

Da Kinder sich de facto weniger auf der politischen, herrschaftlichen Ebene von Demokratie bewegen als Erwachsene – und dies aufgrund ihrer aktuell begrenzten Rechte ja auch nicht dürfen, bleibt ihnen zumeist auch weniger Handlungsspielraum. Doch ein weiteres Beispiel zeigt, dass Kinder in Deutschland berechtigt sind ihre Interessen auszudrücken und dies gegebenenfalls auch Beschwerden einzureichen. Nach §45 SGB VIII ist es für die Betriebserlaubnis von pädagogischen Einrichtungen notwendig, dass Kinder partizipieren dürfen. In Absatz 2, Satz 3 SGB VIII heißt es, dass die Erlaubnis (nur dann) zu erteilen ist, wenn das Wohl der Kinder und

⁴⁶ Vgl. bpb – Online: Kinderinteressenvertretung

⁴⁷ Deutscher Bundestag - WD 9 - 3000 - 071/18 (20. September 2018)

Jugendlichen gewährleistet ist und „zur Sicherung der Rechte von Kindern und Jugendlichen in der Einrichtung geeignete Verfahren der Beteiligung sowie der Möglichkeit der Beschwerde in persönlichen Angelegenheiten Anwendung finden.“⁴⁸ Hier wird deutlich, dass Kinder in pädagogischen Einrichtungen Möglichkeiten eingeräumt bekommen sollen aktiv zu partizipieren. Ebenfalls zeigt sich erneut, dass die Kompetenz und Transparenz der pädagogischen Fachkräfte für die praktische Umsetzung von Demokratiebildung von größter Relevanz ist. Denn solange Kinder nicht über ihre Rechte aufgeklärt werden, ist kaum zu erwarten, dass diese in Anspruch genommen werden.

Neben Kinderbeauftragten gibt es weitere Interessenvertretungen für Kinder in Deutschland. Dazu zählen zum Beispiel Kinder- und Jugendbüros, Ombudspersonen, was so viel bedeutet wie „Vermittler“, „Vertreter“ oder „Bevollmächtigter“ (wird häufig auch als Synonym von Kinderbeauftragten verwendet), Kinderanwälte und Koordinierungsstellen für Kinder- und Jugendpolitik.⁴⁹

Nun, ziemlich genau 30 Jahre nach dem Beschluss der UN-Kinderrechtskonvention, hat sich die aktuell regierende Große Koalition aus SPD und CDU/CSU vorgenommen die Kinderrechte zu stärken. Dies soll laut Koalitionsvertrag geschehen indem Kinderrechte ins Grundgesetz aufgenommen werden.⁵⁰ Wann und in welcher Form genau dies passieren soll steht bis dato noch nicht fest, allerdings ist zu erwarten, dass innerhalb der aktuellen Legislatur konkrete Entwürfe im Bundestag eingebracht, diskutiert und gegebenenfalls auch beschlossen werden. In welchem Maße dies der Teilhabe von Kindern an demokratischen Prozessen dient bleibt abzuwarten.

Auch wenn Kinder nicht dieselben Möglichkeiten zu gesellschaftlicher demokratischer Partizipation haben wie Erwachsene, so zeigen die genannten Möglichkeiten einige Optionen auf, welche durch Kinder genutzt werden können.

Wie Kinder auf anderen Wegen ihrer Meinung Ausdruck verleihen und im besten Fall auch das Gehör von Politik und Öffentlichkeit erreichen können, soll im folgenden Abschnitt betrachtet werden.

⁴⁸ NOMOS – SGB VIII §45

⁴⁹ Vgl. bpb – Online: Kinderinteressenvertretung

⁵⁰ Vgl. bpb – Online: 30 Jahre UN-Kinderrechtskonvention

3.3 Meinungsäußerung auch für nicht-Wahlberechtigte

Ein hervorragendes Beispiel für freie Meinungsäußerung von Kindern und Jugendlichen zeigt sich seit dem Jahr 2018, als eine schwedische Schülerin namens Greta Thunberg damit begann jeden Freitag vor dem schwedischen Parlament für den Klimaschutz zu streiken. Sie löste hiermit die aktuell größte Bewegung von Kindern, Jugendlichen und anderen jungen Menschen aus, die als „Fridays for Future“ bekannt ist und sich für weltweiten Klimaschutz einsetzt. Die Bewegung bezweckt die Ziele des UN-Klimaabkommens von Paris aus dem Jahr 2015 zu erreichen und so die Luftverschmutzung und den Temperaturanstieg auf den dort festgelegten Grenzwert von 1,5°C zu begrenzen.⁵¹ Mittlerweile wird die Bewegung neben Kindern und Jugendlichen auch von vielen älteren Menschen unterstützt. Von den Anhängern der Bewegung wird auch weiterhin unter anderem die Untätigkeit, beziehungsweise der zu geringe Einsatz der Politik für die Klimaziele bemängelt.

Mittlerweile hat die Bewegung große Wellen geschlagen, die bereits viele Debatten in Medien und Politik ausgelöst haben und dies immer noch tun. Vertreter*innen der Fridays for Future Bewegung wurden zu Talkshows mit Politiker*innen eingeladen, Greta Thunberg sprach auf der Klimakonferenz der Vereinten Nationen (UN) vor Abgesandten der ganzen Welt und die Streiks gehen weiter. Neben den anhaltenden Freitagsstreiks rufen die Initiatoren immer wieder zu großen „Klimastreiks“ auf, bei denen sich in Großstädten zehntausende Menschen (Weltweit Hunderttausende) versammeln (nach wie vor vorwiegend junge Menschen) um sich für den Klimaschutz und die Zukunft der Erde einzusetzen. Ein Ende der Bewegung ist vorerst nicht in Sicht.

Durch die lang-anhaltende Präsenz in den Medien und auf den Straßen schafft es die Bewegung – und zwar begründet in der Initiative von Kindern und Jugendlichen, die Politik zum Handeln zu zwingen. Deutlich zu spüren bekamen die „großen Parteien“ (hier sind CDU/CSU und SPD gemeint) dies bereits zur Europawahl 2019, als sich viele Wähler, besonders viele junge Wähler, für „Bündnis ´90 – die Grünen“ entschieden. Die Grünen wurden hierbei in Deutschland erstmals zweitstärkste Kraft hinter der Union (CDU/CSU).⁵²

Gerade die junge Generation legt derzeit großen Wert auf Klimapolitik, welches eines der Haupt-Wahlkampfthemen der Grünen ist. Die Umsetzung dieser politischen Aufgabe scheint die junge

⁵¹ Vgl. bpb – Online: Fridays for Future

⁵² Vgl. Statista: Amtliches Ergebnis der Europawahl am 26. Mai 2019 in Deutschland

Generation in Zukunft eher den Grünen zuzutrauen als den früheren „großen Parteien“. Dies ist auch vom Wahlergebnis der unter 30-jährigen abzuleiten.⁵³

Kürzliche Ereignisse, wie die vermehrt auftretenden und riesigen Waldbrände im Amazonas-Regenwald, in Kalifornien und Australien heizen die Debatte um den Klimawandel und die Forderungen der Klimaschützer wortwörtlich weiter an.

Die zwischenzeitlichen Versuche einiger Politiker*innen und vieler Bürger die Forderungen junger (oftmals nicht-wahlberechtigter) herunterzuspielen wurden durch das hohe Aufkommen an Medienträchtigen Berichten und wissenschaftlichen Nachweisen weitestgehend abgeschwächt. Einen großen Anteil daran hatte im Vorfeld der Europawahl 2019 der Youtuber Rezo mit seinem Video „Die Zerstörung der CDU“ (über 16 Mio. Klicks – Stand: Januar 2020), welcher viele Wissenschaftliche Fakten und Handlungen der Regierungsparteien (CDU/CSU und SPD) der letzten Jahre aufzeigte und daraufhin klare „nicht-Wahl-Empfehlungen“ für mehrere Parteien aussprach.⁵⁴ Auch wenn Rezo weder Politiker, noch Wissenschaftler ist, so zeigt sein Engagement doch, dass es im Umkehrschluss unabdingbar ist das die Meinungen – auch nicht-Wahlberechtigter, respektiert und überprüft werden sollten. Erwachsene sind es die Kindern eine demokratische Partizipation ermöglichen können und in der Verantwortung stehen dies auch zu tun. Die freie Meinungsäußerung stellt einen Grundwert der Demokratie dar, welche das Grundgesetz in Artikel 5 wie folgt beschreibt: „Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. (...)“.⁵⁵ „Jeder“ bezieht alle Menschen ein, auch Kinder.

Damit Kinder lernen ihre Meinung zu äußern ist es grundlegend wichtig, dass Kinder lernen sich eine Meinung zu bilden. Dies tun sie zum Teil ganz von allein. Geht es um komplexe Zusammenhänge ist es allerdings oft der Fall, dass Kinder zunächst Unterstützung benötigen, um sich Wissen anzueignen, sich daraufhin ein Urteil zu Bilden, eine Meinung zu entwickeln und dieser Ausdruck zu verleihen. Auch für eine Demokratie und die Partizipation darin ist dies wichtig.

Damit Kinder die Demokratie und die Welt verstehen lernen und dieses als elementares Wissen, welches zu ihrer Lebenswelt gehört auffassen, soll sich der folgende Abschnitt genau damit befassen.

⁵³ Vgl. Statista: Ergebnis der Europawahl 2019 bei unter 30-jährigen Wählern

⁵⁴ Youtube: Rezo ja lol ey. Die Zerstörung der CDU.

⁵⁵ Gesetze im Internet: GG Art. 5 (1)

3.4 Die Welt verstehen lernen - Elementares Wissen

***„Es ist ein großer Vorteil im Leben,
die Fehler, aus denen man lernen kann,
möglichst früh zu begehen.“⁵⁶***

Winston Churchill (ehemaliger Premierminister Großbritanniens und Literatur-Nobelpreisträger 1953)

Als geschichtlich bis dato wohl wichtigster Staatsmann Großbritanniens widmete sich Winston Churchill auch der Literatur. Obwohl seine Kompetenzen sich vorwiegend im Bereich von Militär- und Staatsführung bewegten, so passt das obige Zitat durchaus zum Thema dieser Arbeit.

Kinder gehen von Natur aus neugierig und wissbegierig in die Welt hinaus. Sie lernen ganzheitlich, also mit dem Körper, den Sinnen mit Gefühl und Verstand.⁵⁷ Man könnte ganzheitliches Lernen umgangssprachlich auch mit „Learning by doing“ umschreiben, denn das ist es, was Kinder häufig tun. Sie probieren Dinge aus und lernen dadurch auf verschiedenen Ebenen. Orientieren wir uns entwicklungspsychologisch an Piaget, so entwickeln sich Kinder in vier Phasen. Diese sind die sensomotorische Phase, die präoperationale Phase, die konkret operationale Phase und die formal operationale Phase. Die vier Stufen durchlaufen Kinder mit zunehmendem Alter und Reifezustand.⁵⁸ Gelegentlich begehen Kinder beim Ausprobieren und Kennenlernen ihrer Umwelt Fehler, welche im Kindesalter zumeist jedoch – und dort schließen wir wieder bei Churchill an, ohne schwerwiegende Folgen bleiben. Daraus lässt sich schließen, dass es sinnvoll ist Fehler in der Kindheit zu begehen um für das spätere Leben, wenn Kinder zu Erwachsenen werden und mehr Verantwortung für sich und andere übernehmen müssen, bereits daraus gelernt zu haben. Diese Erkenntnis versuchen wir nun einmal auf die Demokratiebildung zu übertragen.

Kinder, welche in einem demokratischen Staat aufwachsen, können neben dem Kennenlernen der Demokratie als Lebensform ebenfalls schon in frühem Alter Bekanntschaft mit den Bereichen der Demokratie als Gesellschaftsform sowie der Herrschaftsform machen. Sie tun dies auch – mehr oder weniger bewusst, spätestens wenn sie sich in eine Betreuung außerhalb des Elternhauses (zum Beispiel Krippe, Kita, Grundschule, Hort) begeben und mit den dort

⁵⁶ Zitate.net: Zitat 1246. Winston Churchill

⁵⁷ Vgl. Büchin-Wilhelm/Jaszus S. 29

⁵⁸ Vgl. Buggle S. 49 f.

herrschenden Regeln konfrontiert werden. Jede Institution, auch pädagogische Einrichtungen sind auf Regeln und Gesetzen aufgebaut. Um den Betrieb der Einrichtung sicherzustellen werden diese Regeln und Gesetze, nach denen die Einrichtung und die dort beschäftigten pädagogischen Fachkräfte arbeiten auch (in gewissem Umfang) an die dort betreuten Kinder weitergegeben. So entstehen zum Beispiel Hausordnungen, Schulordnungen, Klassen- oder Gruppenregeln. Diese Regeln können wiederum auf Gesetzesgrundlagen, zum Beispiel dem Recht auf körperliche Unversehrtheit (GG Art. 2 (2)⁵⁹) aufbauen. Eine weitere denkbare Möglichkeit wäre, wenn Regeln auf Grundlage einer Haus- oder Trägerinternen Konzeption entstehen, zum Beispiel dass ein Tischgebet zum regulären Ablauf des Essens in einer religiösen Einrichtung gehört. Ein weiterer – und unter dem Aspekt der Partizipation wohl einer der wertvollsten Ansätze ist das Begründen von Regeln in gemeinsamer Entwicklung mit den Kindern, die diese Regeln betreffen. So könnten Gruppenregeln in einem demokratischen Prozess mit Vorschlägen, Debatten und Mehrheitsentscheidungen aufgestellt werden, wodurch die Kinder im eigenen Handeln Demokratie aktiv gestalten und hierbei unmittelbare Selbstwirksamkeit im demokratischen Prozess erfahren. Auch der Umgang mit der Nichteinhaltung von Regeln birgt hierbei Potenzial. Soll eine Nichteinhaltung sanktioniert werden? Ist die bisherige Regel ausreichend? Oder ist die Regel vielleicht überflüssig? So können Kinder die Bedeutung und Wichtigkeit von Regeln kennenlernen, warum es in einem demokratischen Miteinander wichtig ist gleichberechtigt zu sein, seine Meinung frei äußern zu dürfen oder dass und warum es eine Gewaltenteilung gibt. Dies alles sind grundlegende Elemente einer Demokratie, welche Kinder zunächst kennenlernen und verstehen lernen müssen, bevor sie diese auch verinnerlichen und anwenden. Das dabei zunächst „Fehler“ passieren liegt in der Natur, allerdings ist die Chance des Gewinns, aus diesen Fehlern zu lernen unverzichtbar.

3.5 Förderung von Toleranz, Verständnis, freier Meinung und Zivilcourage

Neben der UN-Kinderrechtskonvention und dem Grundgesetz, welche beide zu Toleranz, Verständnis und freier Meinung auffordern (vgl. insbesondere GG Art. 3, Art. 4, Art. 5⁶⁰ sowie UN-KRK Art. 2, Art. 13, Art. 14⁶¹) steht auch in der Kindheitspädagogik die Förderung von Sozial-

⁵⁹ Gesetze im Internet: GG Art. 2 (2)

⁶⁰ Gesetze im Internet: GG Art. 3, 4, 5

⁶¹ UN-KRK: Art. 2, 13, 14

kompetenzen als eines der zentralen Bildungsziele in vielen Bildungsplänen der Länder⁶² ⁶³, Curricula oder Einrichtungskonzeptionen⁶⁴. Ebenso finden sich die Kompetenzbegriffe in vielen Rahmenlehrplänen für Erzieher*innen, welche diese Kompetenzen in ihr professionelles Handeln einfließen lassen und an die Kinder durch ihre pädagogische Haltung und ihr Handeln weitergeben.⁶⁵

In den Bildungsplänen der Länder werden die Kompetenzen oft als „Lernziele“ oder „Bildungsziele“ formuliert. Für Fachkräfte gilt es daher gute Rahmenbedingungen zu schaffen, um den Erwerb dieser Kompetenzen zu unterstützen.

In der Bildungskonzeption für 0- bis 10-jährige Kinder in Mecklenburg-Vorpommern wird das werteorientierte Handeln als eines der fundamentalen Themen für das gesellschaftliche Zusammenleben und die Kindertagesförderung bezeichnet. Die Fachkräfte haben dabei einen eigenständigen Bildungs- und Erziehungsauftrag zu erfüllen. Die Werteerziehung ist dabei immanenter Bestandteil, obwohl Werte grundsätzlich nicht theoretisch vermittelt werden. Jedes Kind eignet sich diese selbst durch eigene Aktivität und Dialog mit anderen an.⁶⁶ Werte müssen also (vor-)gelebt werden um für Kinder erfahrbar zu sein. Die Pädagoginnen und Pädagogen sind daher dafür verantwortlich ihr eigenes Denken und Handeln zu reflektieren und stehen in der Verantwortung demokratische Werte vorzuleben, wenn sie Demokratiebildung weitergeben wollen. Sie haben dabei immer mehrere Mandate zu erfüllen und müssen die eigenen Wertvorstellungen in Einklang mit den Vorstellungen der Kinder, der Eltern und denen der Einrichtung, bzw. des Trägers bringen. Dies kann aus verschiedenen Gründen zu einer großen Aufgabe und Herausforderung werden, da nicht immer alle Werte miteinander vereinbar sind.

Nachdem nun die Relevanz der Demokratiebildung für die Kindheitspädagogik mit verschiedenen Schwerpunkten verdeutlicht wurde kommt die Frage auf, welche Strukturen grundlegend demokratisches Denken und Handeln begünstigen.

⁶² Vgl. Ministerium für Soziales, Gesundheit, Wissenschaft und Gleichstellung des Landes Schleswig-Holstein 2012

⁶³ Vgl. Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur Mecklenburg-Vorpommern: Bildungskonzeption für 0- bis 10-jährige Kinder in Mecklenburg-Vorpommern. 2011

⁶⁴ Vgl. AWO-Rostock – Kindertagesstätte Rappelkiste (Online)

⁶⁵ Vgl. Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur Mecklenburg-Vorpommern. 2016 S. 8

⁶⁶ Vgl. Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur Mecklenburg-Vorpommern: Bildungskonzeption für 0- bis 10-jährige Kinder in Mecklenburg-Vorpommern. 2011

4. Welche Strukturen begünstigen demokratisches Denken und Handeln?

Demokratisches Denken und Handeln setzt verschiedene strukturelle Grundlagen voraus. Auch wenn wir in einem demokratischen Staat leben sind nicht automatisch alle Strukturen, die unser Leben und auch das der Kinder bestimmen auch förderlich für demokratisches Denken und Handeln. So ist Chancengleichheit auch hierzulande eine große politische und gesellschaftliche Aufgabe und Herausforderung. Auf der Grundlage, dass eine substanzielle Gruppe von schätzungsweise 15 bis 20 Prozent eines jeden Jahrgangs der Kinder und Jugendlichen in Deutschland über merklich schlechtere soziale Teilhabe- und Verwirklichungschancen verfügt als der Rest, hat die Heinrich-Böll-Stiftung in Zusammenarbeit mit dem Deutschen Kinderhilfswerk (DKHW) eine Studie durchgeführt.⁶⁷ Der Ressourcenmangel wirkt sich bei betroffenen Kindern und Jugendlichen gleich mehrdimensional aus. So leiden die Betroffenen an kultureller Unterversorgung, ihrer häufig unterdurchschnittlichen sozialen Situation sowie den Folgen für ihre physische und psychische Gesundheit.⁶⁸ Nicht nur die mangelnde Grundversorgung (Wohnung, Kleidung, Ernährung), sondern auch durch oftmals weniger allgemeine und altersgemäße Lern- und Erfahrungsmöglichkeiten im kulturellen und sozialen Bereich schränkt die Möglichkeiten zur Entwicklung sozialer Kompetenzen ein. Ziel der Heinrich-Böll-Stiftung und des DKHW ist es der Unterversorgung über die finanzielle Absicherung hinaus auch strukturell zu begegnen.⁶⁹

Ob Kinder gut aufwachsen können, hängt laut der Studie neben der materiellen Existenzsicherung von individuellen Faktoren, familiärem bzw. sozialem Umfeld und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen ab. Zu Letzterem gehören unter anderem Kitas und Schulen, ein gutes Gesundheitssystem, eine kinderfreundliche Stadtteilentwicklung, angemessener Wohnraum, ausreichend Spiel- und Bewegungsmöglichkeiten im Wohnumfeld, altersangemessene Partizipationsmöglichkeiten sowie Kultureinrichtungen.⁷⁰ In dieser Studie werden altersangemessene Partizipationsmöglichkeiten explizit benannt – sie bezeichnen also auch hier ein Grundlegendes Element für gute Rahmenbedingungen und Chancengleichheit der Kinder und Jugendlichen.

⁶⁷ Heinrich-Böll-Stiftung + Deutsches Kinderhilfswerk e.V.: Wirksame Wege zur Teilhabe. 2017, S. 3

⁶⁸ Vgl. ebd.

⁶⁹ Vgl. ebd.

⁷⁰ Vgl. ebd. S. 5

In einer weiteren Studie des Deutschen Kinderhilfswerks, dem **Kinderrechte-INDEX**⁷¹ wird vor allem die Umsetzung der Kinderrechte in Deutschland analysiert und deren Stellenwert innerhalb der Bundesländer verglichen. Das Recht auf Beteiligung hat hierbei einen hohen Stellenwert und wird ausgiebig auf mehreren Ebenen, inklusive der Wahrnehmung der Kinder und Eltern betrachtet und reflektiert.

Die folgenden Unterpunkte sollen zunächst die Unterschiede pädagogischer Institutionen darstellen und besonders die dort herrschenden Hierarchien auf günstige oder ungünstige Faktoren untersuchen. Im nächsten Teil sollen neben verschiedenen Einrichtungstypen auch pädagogisches Personal, Politik und Medien unter die Lupe genommen werden.

4.1 Wirken Hierarchien in pädagogischen Institutionen Demokratiefördernd?

Grundlegend gehören Hierarchien zu herrschaftlichen und repräsentativen Demokratien unweigerlich dazu. Diese sind – im Gegensatz zu autokratischen Regierungsformen (zum Beispiel in Diktaturen) jedoch durch regelmäßige Wahlen, diverse Wege der Mitwirkung und freien Meinungsäußerung im Rahmen der Verfassung und Gesetze zu einem gewissen Grad beeinflussbar. In den der lebensweltlichen und gesellschaftlichen Demokratie, welche im Alltag am deutlichsten spürbar sind, haben die Bürger selbst einen Gestaltungsspielraum demokratisches Denken und Handeln zu begünstigen. Dies betrifft in besonderem Maße die professionell mit jungen Menschen arbeitenden wie Kindheitspädagog*innen, Erzieher*innen, Sozialarbeiter*innen und Lehrer*innen, welche im Umgang mit Kindern und Jugendlichen einen hohen Einfluss auf die strukturellen Rahmenbedingungen in deren Umgebung haben. Doch wie sehen solche Strukturen aus? Und wirken diese demokratiefördernd? – Grundlegend können wir davon ausgehen, dass Pädagog*innen durch bewusstes Handeln auch demokratisches Denken und Handeln begünstigen können. Himmelmann beschreibt hierfür Ebenen, die für das Sammeln realer Erfahrungen mit Demokratie von hoher Bedeutung sind.⁷² Diese umfassen:

1. Die Beziehung zwischen *Lehrer*in und Schülerinnen und Schülern* (SuS)⁷³ sollten auf einem demokratischen Erziehungsstil (Kurt Levin) beruhen, welcher auf wechselseitiger Achtung, auf

⁷¹ Deutsches Kinderhilfswerk: Kinderrechte-Index 2019

⁷² Vgl. Himmelmann 2017, S. 30

⁷³ gilt im Folgenden ebenso für weitere Lehr/Lern Beziehungen, wie Erzieher*in/Kind, Kindheitspädagoge*in/Kind, Sozialarbeiter*in/Kind – Beziehungen.

gegenseitiger Anerkennung und Vertrauen aufbaut. So lässt sich eine vertrauensvolle, gleichberechtigte und kenntnisreiche Wechselseitige Beziehung aufbauen.⁷⁴

2. Die Beziehungen zwischen den SuS müssen einbezogen werden. Soziales Lernen untereinander umfasst den Umgang mit Emotionen, Konflikten, Fremdem und Besonderheiten. Diese zeigen Ziele und Methoden des Erlernens eines demokratischen Miteinanders, des Erlernens von Toleranz, von Selbstvertrauen, Selbstbestimmung und Selbstkontrolle im sozialen Kontext.⁷⁵

3. Im Zusammenwirken der ersten Punkte kann die Atmosphäre eines „demokratischen Klassenzimmers“ (Rudolf Dreikurs) geschaffen werden, damit ein förderliches Lernklima erzeugt werden kann.⁷⁶

4. Mehrere „demokratische Klassenzimmer“ können zu einem „demokratischen Schulklima“ führen, in dem das Kollegium mitwirkt und die Basis für eine demokratische Bürgergesellschaft und eine „Schule der Demokratie“ bietet.⁷⁷

Himmelmann bietet weitere Ebenen an, die sich zunächst rein auf den schulischen Unterricht beziehen. Einige vertiefende Ausblicke bietet er jedoch auch an, in denen er die Weiterentwicklung im Bereich von Gemeinden durch das Entstehen von Jugendforen, Kinder- und Jugendbeiräten oder Kinder und Jugendparlamenten nennt. Im sozial-kooperativen Bereich schildert er die Bildung von „Jugend-Netzwerken“ aus Schulen, Vereinen, Verbänden, Gruppen, Initiativen etc. Auch die demokratische Beteiligung von Eltern kann laut Himmelmann für die (Schul-)Entwicklung, die Förderung der Nachbarschaft und der Kommune bereichernd wirken. Letztlich wird auch die begleitende Sozial- (und Jugend-)Pädagogik als mögliche externe Fachkraft in Betracht gezogen.⁷⁸

Die Grundlegenden und daher wohl auch entscheidenden Faktoren in Himmelmanns „Ebenen“ bezeichnen die Ebenen 1 und 2. Diese beschreiben die gegenseitige Achtung, Anerkennung und Vertrauen, sowie die untereinander als Grundlage demokratischen Denkens und Handelns. Ohne diese Grundlagen wären weitere Ebenen wohl schwer realisierbar.

Die Ebenen erinnern auch an die in der Sozialpädagogik oft benannten „pädagogischen Grundhaltungen“ nach Carl Rogers. Rogers beschreibt dabei drei zentrale Variablen, die als Grundlage

⁷⁴ Vgl. Himmelmann 2017, S. 30

⁷⁵ Vgl. Himmelmann 2017, S. 30

⁷⁶ Vgl. ebd. S. 30 f.

⁷⁷ Vgl. ebd. S. 31

⁷⁸ Vgl. ebd. S. 31 f.

für positives Erzieher*innenverhalten stehen. Diese umfassen **Wertschätzung** (Achtung, Wärme, Rücksichtnahme), **Empathie** (Einfühlungsvermögen) und **Kongruenz** (authentisch, übereinstimmend).⁷⁹

Als wertvoller Ansatz dies in der pädagogischen Praxis zu verbinden und eine sozial-konstruktivistische Lernatmosphäre zu schaffen dient die Beziehungsdidaktik. Diese beschäftigt sich damit Verhaltensweisen von Individuen in ihren zwischenmenschlichen Beziehungen bewusst und systematisch wahrzunehmen, zu beobachten und zu reflektieren, Haltungen und Einstellungen zu klären, Inhalte zu „vermitteln“, die beziehungsrelevant sind und in gesellschaftlichen Übungsfeldern über und durch Beziehungen zu lernen.⁸⁰ Die Beziehungsdidaktik verfolgt das Ziel die Einzelnen in ihrem Selbst zu stärken, die Beziehungen untereinander entwicklungsfördernd, belastungsarm, stressreduziert und sozialverträglich (gewaltfrei) zu gestalten und zu demokratischen und humanen Einstellungen und Verhaltensweisen zu führen. Hierbei werden im Sinne der Didaktik als Praxis und Theorie des Lernens und Lehrens zwei Unterscheidungen definiert:

Beziehungslernen als Verhaltensänderung innerhalb zwischenmenschlicher Beziehungen durch Handeln und Erfahrung und *Beziehungslehren* als Wissensvermittlung und theoretische Aufarbeitung von Vorgängen innerhalb zwischenmenschlicher Beziehungen durch Wissenserwerb und Reflexion.⁸¹

Auf die Hierarchien bezogen folgt daraus, dass die pädagogischen Fachkräfte ausschlaggebend verantwortlich sind eine positive sozial-konstruktivistische Lernatmosphäre zu schaffen. Sie müssen sich vergegenwärtigen, dass nicht nur die Räume und äußere Bedingungen, nicht nur die Lernenden mit ihren Voraussetzungen, nicht nur alles andere um sie herum eine Lernumgebung darstellt, sondern dass sie selbst zunächst die wichtigste Lernumgebung für die Lerner sind.⁸² Die Beziehungsdidaktik eröffnet viele Möglichkeiten biografische Inhalte einzubeziehen und Rollenwechsel, zum Beispiel von Lehrenden und Lernenden, Erzieher*in und Kind zu ermöglichen und kann so vorherrschende Rollenmuster aufbrechen, was zu einer Weiterentwicklung aller beteiligten führen kann.⁸³

⁷⁹ Vgl. Büchin-Wilhelm/Jaszus 2017 S. 16

⁸⁰ Vgl. Lauer 2017, S. 77

⁸¹ Vgl. ebd.

⁸² Vgl. ebd. S. 77 f.

⁸³ Vgl. ebd. S. 86

Eine positive und zugewandte Beziehungsgestaltung, welche sich häufig durch flache Hierarchien abzeichnet, scheint also eine günstige Grundlage für demokratisches Denken und Handeln im lebensweltlichen und gesellschaftlichen Rahmen zu bieten.

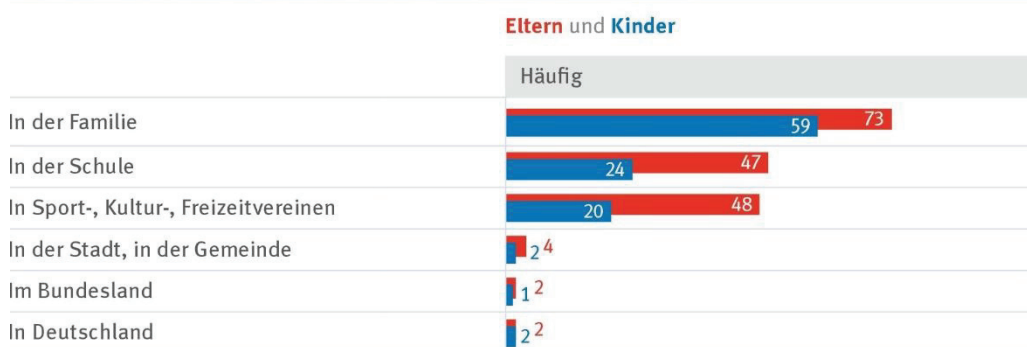
Im Folgenden sollen nun wir nun betrachten, welche weiteren Faktoren sich auf demokratisches Denken und Handeln in pädagogischen Einrichtungen auswirken.

4.2 Wie demokratiefördernd sind Schulen, Politik und Medien?

Nachdem wir uns nun mit Hierarchien in pädagogischen Institutionen und deren Wirkung auf Demokratiebildung befasst haben, sollen im Folgenden nun die Faktoren der politischen und medialen Wirkung hinzukommen. Beginnen soll dieser Abschnitt aber mit einem anderen wichtigen Faktor in der Demokratiebildung: Die Wahrnehmung der Kinder und Eltern.

Der Kinderrechte-INDEX bezieht sich neben dem was Experten und Kinderrechte sagen auch auf den eigentlichen Mittelpunkt der Studie, die Kinder. Wie Kinder und Eltern Mitbestimmung wahrnehmen zeigt sich anhand einer durchgeführten Befragung in der folgenden Abbildung (Abb. 4). Kinder und Eltern wurden hierbei befragt, wie häufig die Kinder in den sechs ausgewählten Bereichen: der Familie, der Schule, in Sport-, Kultur-, Freizeitvereinen, in der Stadt oder Gemeinde, im Bundesland und in Deutschland nach ihrer Meinung gefragt werden.⁸⁴

Abbildung 5: Wahrgenommene Mitbestimmung von Kindern in verschiedenen Bereichen und auf unterschiedlichen Ebenen bei Kindern und Eltern (2018)



Kinderumfrage (2018): Die UN-Kinderrechtskonvention gibt dir das Recht, bei Dingen und Entscheidungen, die dich betreffen, mitzubestimmen. Wie ist es bei dir: Wie häufig wirst du in den folgenden Bereichen/auf den folgenden Ebenen nach deiner Meinung gefragt?

Elternumfrage (2018): Wie häufig wird Ihr Kind bei Entscheidungen in den folgenden Bereichen/auf den folgenden Ebenen nach seiner Meinung gefragt?

Grundgesamtheit: Eltern ab 18 Jahren/Kinder von 10 bis 17 Jahren

Angaben in Prozent/Fehlende Werte zu 100 %: Gelegentlich/Selten/Nie/Weiß nicht

CANTAR PUBLIC

Studie Kinderrechte-Index 2019



⁸⁴ Vgl. Deutsches Kinderhilfswerk: Kinderrechte-Index 2019, S. 45

⁸⁵ Abb. 4: Wahrgenommene Mitbestimmung von Kindern in verschiedenen Bereichen und auf unterschiedlichen Ebenen bei Kindern und Eltern (2018)

Die Grafik zeigt die zusammengefassten Ergebnisse als Durchschnitt der insgesamt befragten Kinder (blau) und Eltern (rot). Deutlich zu erkennen ist in vielen Bereichen der Unterschied in der wahrgenommenen Beteiligung zwischen Kindern und Eltern. Eltern gehen in den Bereichen Familie, Schule und Vereinen in deutlichem Maße mehr davon aus, dass Kinder nach ihrer Meinung gefragt werden als die Kinder selbst dies wahrnehmen.

In Bezug auf die Schule gehen die Wahrnehmungen von Kindern und Eltern deutlich auseinander. Nur etwa ein viertel der Schüler*innen, aber fast die Hälfte der Eltern gaben in der Befragung an, dass nach der Meinung der Kinder gefragt wird. Institutionell scheint also im Bereich der Schulen deutlicher Nachholbedarf zu herrschen, da wohl entweder wenig Mitbestimmung der Schüler*innen stattfindet, oder diese für die Mehrheit nicht spürbar genug ist um sie auch als solche wahrzunehmen. Die Ausführungen in den Abschnitten 4.1, sowie die Methoden, die in Abschnitt 5 folgen, können dabei helfen die Kinder aktiv einzubeziehen und ihnen Selbstwirksamkeit zu ermöglichen.

Besonders deutlich zeigt das Ergebnis der Umfrage wie wenige Kinder auf herrschaftlicher Ebene, in Stadt und Gemeinde, im Bundesland und in Deutschland insgesamt die Wahrnehmung haben, dass Kinder nach ihrer Meinung gefragt werden. Die grundlegend als äußerst wichtig zu erachtende Selbstwirksamkeit der Kinder bleibt hier deutlich auf der Strecke, genau wie das Recht auf Berücksichtigung des Kindeswillens (UN-KRK Art. 12).⁸⁶

Eine weitere unabdingbare Voraussetzung für freiheitliche und funktionierende Demokratien bilden die Medien. Denn Massenmedien stellen die Kommunikationsmittel bereit, die unter den Bedingungen moderner Staaten eine öffentliche Meinungs- und Willensbildung erst ermöglichen.⁸⁷ Das starke Wachstum digitaler Medien ist über die letzten Jahre deutlich spürbar. Die „Digital-Natives“ wachsen förmlich in der digitalen Welt auf und pflegen entsprechend häufig einen ausgiebigen Umgang mit Smartphone, Tablet und Co.. Allen Kindern steht es laut UN-KRK Art. 17 zu sich Zugang zu Informationen und Material aus einer Vielfalt nationaler und internationaler Quellen, insbesondere derjenigen, welche die Förderung seines sozialen, seelischen und sittlichen Wohlergehens sowie seiner körperlichen und geistigen Gesundheit zum Ziel haben.⁸⁸ Durch die vielseitigen Möglichkeiten Informationen sekundenschnell aus dem Internet zu erhalten ist es allerdings häufig sehr schwer zu erkennen ob es sich um vertrauens-

⁸⁶ Vgl. UN-KRK Art. 12

⁸⁷ Vgl. bpb – Demokratie 1/2017, S. 64

⁸⁸ Vgl. UN-KRK Art. 17

würdige Informationen oder aber um sogenannte „Fake-News“ handelt. Diese veränderten oder erfundenen Informationen werden eingesetzt um Menschen und Meinungen zu manipulieren und so Einfluss auf die Bürgerinnen und Bürger zu nehmen.⁸⁹ Selbst Politiker*innen sind mittlerweile zu einer Vielzahl in den Sozialen Medien vertreten. Ob dies positiv wirkt, um demokratisches Denken und Handeln zu fördern ist wohl nur schwer messbar.

Eine hohe Medienkompetenz, welche einen reflektierten und differenzierten Blick auf Medien fördert, ist auch im Sinne der UN-Kinderrechtskonvention von großer Bedeutung. Auch in Bezug auf demokratisches Denken und Handeln birgt das Internet durch seine Schnelllebigkeit gleichermaßen Chancen und Risiken. Medien können gleichermaßen bilden, als auch zur Manipulation oder Überwachung eingesetzt werden. Es ist daher unabdingbar Kinder verantwortungsvoll an die digitale Welt heranzuführen.

5. Methoden der Demokratiebildung in der Kindheitspädagogik

In diesem Teil geht es um die praktische Anwendung von Demokratiebildung in der Kindheitspädagogik. Da Kinder am besten ganzheitlich lernen, sollen nun Methoden der Demokratiebildung beschrieben werden, welche möglichst greifbar für Kinder sind. Um das Problem des großen unbekanntes und abstraktes Demokratiebegriffs zu umgehen, sollen die hier aufgezeigten Methoden einige Anforderungen erfüllen:

- Sie sollen *niedrigschwellig* sein, also einen leichten und direkten Zugang für alle ermöglichen.
- Sie sollen *inklusiv* aufgebaut sein, also allen mit ihren Besonderheiten und Diversitäten die Möglichkeit bieten teilzunehmen.
- Sie sollen *demokratische Grundwerte* vermitteln und stärken.
- Sie sollen sich an der *Lebenswelt* der Kinder *orientieren*.
- Sie sollen Kindern die Möglichkeit *echter Partizipation* bieten.

Da die Kindheitspädagogik besonders mit Blick auf die Entwicklung von Kindern ein sehr breites Spektrum umschreibt sind die methodischen Möglichkeiten auf das jeweilige Alter und den Entwicklungsstand der Kinder anzupassen. Um Kinder an Demokratiebildung heranzuführen, ohne sie zu überfordern werden im Folgenden die Methoden in drei Kategorien eingeteilt. Diese

⁸⁹ Vgl. bpb – Demokratie 1/2017, S. 64

lassen sich durch didaktisch entsprechend vorbereitete Rahmenbedingungen auch in frühen Bereichen der Kindheitspädagogik anwenden.

5.1 Projektbezogen-partizipative Methoden

Bei projektbezogenen Methoden befassen sich Kinder in einem begrenzten und zeitlich überschaubaren Rahmen mit einem abgesteckten Thema. Der Impuls zur Bearbeitung eines Themas kann sowohl von den Kindern als auch den Erwachsenen ausgehen.⁹⁰ Diese Projekte können beliebige Themen umfassen und müssen nicht extra unter der Überschrift „Demokratie“ stehen, um demokratiebildend zu wirken. Eine entsprechende Herangehensweise und die partizipative Grundstruktur können den Demokratiedanken bereits durch den entsprechenden Aufbau und die Haltung der pädagogischen Fachkräfte stärken. So können sowohl nicht-offensichtlich demokratiebildende Methoden, wie auch Methoden, die explizit auf Themen wie die UN-Kinderrechtskonvention abzielen Anwendung finden.

Ein schönes Beispiel kommt vom Deutschen Kinderhilfswerk. „Ein Platz für deinen Schatz“ umschreibt eine Methode in der es sowohl um das lebensweltliche demokratische Miteinander als auch die explizite Demokratiebildung geht. Hierbei wird Kindern Artikel 16 der UN-Kinderrechtskonvention nähergebracht, welcher auf das Thema Privatsphäre eingeht.⁹¹ Kinder haben, genau wie Erwachsene ein Recht auf Privatsphäre. Die Kinder sollen hierbei lernen was Privatsphäre ausmacht. Sie können dadurch Sensibilität und Respekt für die Privatsphäre anderer entwickeln und zudem einen geschützten Ort für ihre Schätze und Geheimnisse schaffen.⁹²

Neben dieser explizit auf Demokratie abzielenden Methode gibt es auch noch viele niedrighschwellige Möglichkeiten auf der Handlungsebene demokratisches Verhalten zu implizieren. Dazu könnte die Planung eines Ausfluges dienen, bei der sich die Kinder in partizipativen Prozessen das Ziel und Zeitpunkt des Ausfluges aushandeln, sich überlegen welche Verkehrswege und -Mittel genutzt werden könnten um den Hin- und Rückweg zu bestreiten, ob und wie Eltern eingebunden werden sollen, welche Kosten entstehen und wie diese finanziert werden etc.. Hier lassen sich wiederum verschiedene Techniken wie Mehrheitsentscheide,

⁹⁰ Vgl. Danner 2018, S. 4

⁹¹ Vgl. UN-KRK Art. 16

⁹² Vgl. Deutsches Kinderhilfswerk. Pixi Begleitheft 5. Übung 1.

Arbeitsteilung in verschiedene Aufgabenbereiche (Einzel- oder Gruppenaufgaben) oder das Festlegen von Regeln implizieren.

Die Rolle der pädagogischen Fachkraft hängt hier stark von Alter und Entwicklungsstand der jeweiligen Gruppe von Kindern ab. Je nach Bedarf kann die Rolle aktiver oder passiver ausfallen. Mit zunehmender Übung in Projekten dieser Art kann und soll die pädagogische Fachkraft eher eine beobachtend-unterstützende Rolle einnehmen, wodurch die Kinder möglichst viel Selbstwirksamkeit in ihrem Denken und Handeln erfahren können. Die Verantwortung der Sicherheit bei der Durchführung, gerade bei Ausflügen in den öffentlichen Raum, bleibt selbstverständlich bei den pädagogischen Fachkräften. Um einen hohen Lerneffekt zu erzielen empfiehlt es sich allerdings als Fachkraft „so viel wie nötig und so wenig wie möglich“ in den Vordergrund zu treten. Eine beratende und fachliche Expertise, sowie Moderationstätigkeit sollte wenn möglich während des gesamten Projekts von der pädagogischen Fachkraft eingenommen werden.⁹³

Projekte bieten häufig nur einen zeitlich begrenzten und in der Regel besonderen Rahmen als Partizipationsmöglichkeit. Hierbei ist es wichtig die gewonnenen Erkenntnisse und Erfahrungen sorgfältig auszuwerten und zu dokumentieren, um die Nachhaltigkeit des Lernens fördern zu können. Auch bei der Dokumentation können Kinder (auch im Kindergartenalter) partizipieren, indem sie zum Beispiel ihre Ergebnisse aufmalen. Eine ergänzende Beschreibung kann als Erinnerungstütze durch die pädagogischen Fachkräfte ergänzt werden. Ergebnisse können so zum Beispiel im Gruppenraum sichtbar gemacht oder im Portfolio der Kinder dokumentiert werden.

Methoden, die grundlegend auf längere partizipative Prozesse ausgelegt sind, sollen in den folgenden Abschnitten beschrieben werden.

5.2 Offen-partizipative Methoden

Zu den offenen partizipativen Methoden zählen beispielsweise Kinderkonferenzen, Erzähl- und Morgenkreise und Kinderversammlungen. Dabei können Kinder ihre Anliegen mitteilen, diskutieren und somit Einfluss auf die Gestaltung des Alltags in ihrer Einrichtung nehmen.⁹⁴ Näher soll an dieser Stelle die Ausgestaltung einer Kinderkonferenz in einer Kindertagesstätte ausgeführt werden.

⁹³ Vgl. Jaszus/Küls 2017, S. 146 f.

⁹⁴ Vgl. Danner 2018, S. 5

Die Methode der Kinderkonferenz beruht auf den Grundlagen der UN-Kinderrechtskonvention:

- Artikel 12: Berücksichtigung des Kindeswillens
- Artikel 13: Das Recht auf Meinungs- und Informationsfreiheit
- Artikel 14: Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit
- Artikel 15: Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit.⁹⁵

Die Kinderkonferenz findet immer in gleicher und festgelegter Form, in einem Stuhlkreis statt und soll in regelmäßigen Abständen (zum Beispiel einmal pro Woche) in gleicher Gruppenkonstellation abgehalten werden. Es werden neben Kindern und pädagogischen Fachkräften auch Vertreter weiterer Personengruppen eingeladen, wie Küchenpersonal, Reinigungspersonal, Eltern, etc.. Im Vorfeld wird eine Tagesordnung vorbereitet, welche für die erste(n) Sitzung(en) möglichst kurz ausfallen sollte und zur Übung ein möglichst geringes Streitpotenzial bietet. In der Kinderkonferenz sind alle Teilnehmenden Stimmberechtigt und spezifische Rollen, wie die Moderation und Protokollführung wechseln von Sitzung zu Sitzung. In den Sonderrollen sollten pädagogische Fachkräfte, besonders in der Anfangszeit unterstützend zur Seite stehen und die Verantwortung nach und nach an Kinder übergeben. In der ersten Sitzung sollten zudem klare Regeln, insbesondere Gesprächsregeln festgehalten werden. Zur Fortführung werden in den nächsten Sitzungen auch die Tagesordnungspunkte gemeinsam festgelegt, wobei drei Punkte pro Sitzung ausreichen, damit die Sitzung nicht zu lang wird. Eines der Kinder wird gebeten zu jedem Tagesordnungspunkt eine Zeichnung auf jeweils einer Karte anzufertigen. Diese werden anschließend gut sichtbar für alle ausgelegt oder aufgehängt. Dann wird festgelegt wie lange zu den einzelnen Punkten diskutiert werden darf. Ein Kind übernimmt anschließend die Rolle des Zeitwächters. Die Ergebnisse der Diskussionen zu jedem Punkt werden schriftlich und bildlich dokumentiert. Die Moderation schreibt zum Schluss das Ergebnis auf, liest es den Kindern vor und bittet um die Freigabe des Beschlusses.⁹⁶

Methoden wie diese bedürfen einer gründlichen Einführung und sind an Zuverlässigkeit und Beständigkeit aller Beteiligten geknüpft. Sie bieten der Demokratiebildung viel Raum und den Kindern die Möglichkeit demokratische Prozesse, sogar bis hin zur herrschaftlichen Ebene selbst zu gestalten und zu erlernen. Sie können so üben lebensweltrelevante Themen bis hin zur Entscheidung und Durchführung (mit-)zu bestimmen. Die Möglichkeiten der Demokratiebildung

⁹⁵ Vgl. UN-KRK Art. 12-15

⁹⁶ Deutsches Kinderhilfswerk: Kinderrechte Kinderleicht 2017

können hier so vielfältig sein, wie die Themen die Kinder einbringen. Ein sicherer Umgang der pädagogischen Fachkräfte mit der Methodik und den Kinderrechten sei hier allerdings dringlichst zu empfehlen.

5.3 Repräsentativ-partizipative Methoden

Zu den repräsentativ-partizipativen Methoden gehören der Kinderrat und das Kinderparlament. Weiterhin können auch Elemente wie Klassen- und Schülersprecher als repräsentative Methoden bezeichnet werden. Da die Kindheitspädagogik⁹⁷ auch das Grundschulalter betrifft und diese Methoden vorwiegend ab dem Schulalter ihre Anwendung finden, nun also auch ein Beispiel für die Grundschule.

Die Wahl von Klassensprecher*innen bezeichnet einen demokratisch-repräsentativen Vorgang, bei dem Kinder entscheiden können von wem sie sich in bestimmten Aufgaben repräsentiert wissen wollen.⁹⁸ Kinder in der Grundschule sind durchaus in der Lage selbstständig einzuschätzen, wem sie aus ihrer Klasse zutrauen die eigenen Interessen zu vertreten. Die repräsentativen Aufgaben von Klassensprecher*innen können zum Beispiel sein, die Interessen der eigenen Klasse in Gesprächen mit Lehrkräften oder Schulleitung zu vertreten. Ebenso können die Teilnahme an weiteren Gremien wie einem Schülerrat oder Schülerparlament (vgl. Kinderrat oder Kinderparlament) zum Tragen kommen.⁹⁹

Vertiefend bildet das Unterrichtsmaterial zum Thema „Klassensprecher(innen)wahlen“ des Göttinger Instituts für Demokratieforschung ein weitreichendes Konstrukt für den Unterricht ab. Dieses beinhaltet sowohl Grundlagenwissen zu den Themen „Was ist eine Wahl?“, „Vertretung – Was ist das?“ und „Vertretung – Sinn, Chancen und Grenzen“ sowie „Welche Aufgaben hat ein KS?“. ¹⁰⁰ Zudem bietet das Institut hiermit konkrete Arbeitsmaterialien und Kopiervorlagen für die Durchführung der einzelnen Vorbereitungs- und Durchführungsschritte für den Unterricht an. Eine Klassensprecher*innen-Wahl ist jedoch eine oftmals im kleinen und relativ begrenzten

⁹⁷ Bezeichnet Pädagogik im Kindesalter und grenzt sich dadurch von Jugend- und Erwachsenenpädagogik ab. Kindheitspädagogik beschäftigt sich vorwiegend mit Kindern in Früh- und Elementarpädagogischen Einrichtungen (Kita), sowie der Betreuung an Grund- und Ganztagschulen/dem Hort. Kindheitspädagogik wurde im Zuge des Bologna-Prozesses als akademisches Studium auch in Deutschland eingeführt und ergänzt die klassische Fachschulausbildung der staatlich anerkannten Erzieher*innen.

⁹⁸ Göttinger Institut für Demokratieforschung: Ausgabe 01/2014, S. 4

⁹⁹ Mögliche alltägliche Aufgaben von Klassensprecher*innen werden hier nicht weiter erörtert, um den Fokus auf der Demokratiebildung zu halten.

¹⁰⁰ Vgl. ebd. S. 3

Rahmen stattfindende Angelegenheit. Die praktische Ausgestaltung repräsentativer Demokratie kann in einem entsprechenden Umfeld allerdings vieles auslösen und eröffnen. Um sich dies besser vorzustellen hier ein Beispiel aus der Praxis:

Das **Aachener Kinderparlament** tagt sechs bis achtmal pro Schuljahr und wurde bereits im Jahr 2013 ins Leben gerufen. Die Katholische Grundschule Passstraße gehört zu den Gründungsmitgliedern des übergreifenden Gremiums welches aus Vertretern mehrerer Aachener Grundschulen besteht und in regelmäßiger Zusammenarbeit mit dem Aachener Rathaus und dem Oberbürgermeister tagt. Die Themen bringen die Kinder selbst in das Parlament. Die Mitglieder der jeweils ausführenden Schule planen und organisieren ihre Treffen selbstständig und laden die Mitglieder der Schülervertretung, sowie den Oberbürgermeister ein. Die Anfragen des Schülerparlaments werden beim Oberbürgermeister stets sorgfältig geprüft und differenziert beantwortet. Jährlich findet im Aachener Rathaus auch eine Kindersprechstunde statt, bei der die Kinder ihre Anregungen und Wünsche persönlich vortragen können. In den Lokalzeitungen wurde bereits mehrfach über die vielseitigen Tätigkeiten des Aachener Kinderparlaments sowie die Kindersprechstunde berichtet.¹⁰¹

Besonders bemerkenswert ist, dass die Schülerinnen und Schüler ein hohes Maß an Demokratiekompetenz ausstrahlen. Sie mischen in Entscheidungsprozessen mit, bringen Ideen ein und erfahren dadurch Selbstwirksamkeit. Sie übernehmen viel soziale Verantwortung, indem sie sich zum Beispiel für Geflüchtete einsetzen. Sie wirken in das außerschulische Umfeld und bearbeiten Ideen nachhaltig. Außerdem zeigen die beteiligten Kinder ein hohes Reflexionsvermögen indem Sie ihre eigene Arbeit regelmäßig evaluieren.¹⁰²

Die Ausgestaltung und Reichweite dieses Beispiels ist mit Sicherheit nicht allen demokratiebildenden Methoden vergönnt. Das Aachener Kinderparlament ist allerdings ein hervorragendes Beispiel dafür, wie Demokratiebildung ausgestaltet werden kann und wie Kinder auch in jungem Alter durch politisches Engagement bis zur herrschaftlichen Ebene der Demokratie vordringen und Einfluss nehmen können.

¹⁰¹ Vgl. Himmelmann 2017, S. 43 ff.

¹⁰² Vgl. ebd. S. 44 f.

5.4 Weitere Methoden der Demokratiebildung

Für einen tieferen Einblick und größere Methodenvielfalt bieten die Hefte „**Kinderrechte Kinderleicht**“ des **Deutschen Kinderhilfswerks (DKHW)**¹⁰³ einen vielseitigen Einstieg. Hier werden Übungen ausführlich und kindgerecht erläutert und mit fachlichem „know-how“ für die pädagogischen Fachkräfte hinterlegt. Zudem haben die Autoren eine Abstufung der Schwierigkeitsgrade für die Übungen von 1-3 vorgenommen, was gerade unerfahrenen und ausprobierfreudigen Fachkräften einen hilfreichen Beitrag zum Einstieg in die Methoden der Demokratiebildung bieten kann.

Auch die Seiten des **Göttinger Instituts für Demokratieforschung**¹⁰⁴ bieten eine Vielfalt von demokratiebildenden Möglichkeiten, sowohl in Methodenform für Kinder, als auch in Form von Weiterbildungen für pädagogische Fachkräfte. Neben den bereits beschriebenen Unterrichtsmaterialien zur Klassensprecher*innen Wahl sind auch weitere Themen wie „Meinungpluralismus“ und „Inklusion“ zu finden.

Auf den Seiten der **Bundeszentrale für politische Bildung (bpb)**¹⁰⁵ finden sich viele Inhalte zur politischen Bildung. Neben vielen Unterrichtsmaterialien können pädagogische Fachkräfte und alle interessierten Bürger*innen hier eine Fülle an Informationen zu politischen, gesellschaftlichen, geschichtlichen (und vielen weiteren) Themen finden. Die bpb veröffentlicht zudem regelmäßig die Zeitschrift „**Informationen zur politischen Bildung/izbp**“ und richtet eine Vielzahl von Veranstaltungen zu den Themen politischer Bildung aus. So wird der Versuch unternommen die Bereiche Politik, Forschung und Praxis miteinander zu verknüpfen.

Wenn Kinder sich selbstständig mit Kinderrechten, Nachrichten und anderen Themen beschäftigen wollen, bietet sich zum Beispiel die Seite **www.kindersache.de**¹⁰⁶ vom Deutschen Kinderhilfswerk oder **www.hanisauland.de**¹⁰⁷ von der Bundeszentrale für politische Bildung an. Beide Seiten bieten eine Fülle an kindgerecht aufbereiteten Informationen. Dabei werden viele aktuelle Themen in einfacher Sprache erklärt und oft durch Zeichnungen oder Videos verdeutlicht.

¹⁰³ Deutsches Kinderhilfswerk – DKHW: www.dkhw.de

¹⁰⁴ Göttinger Institut für Demokratieforschung: www.demokratie-goettingen.de und www.kinderdemokratie.de

¹⁰⁵ Bundeszentrale für politische Bildung - bpb: www.bpb.de

¹⁰⁶ Deutsches Kinderhilfswerk: „Das ist Kindersache“ www.kindersache.de

¹⁰⁷ Bundeszentrale für politische Bildung: „Hanisauland – Politik für dich“ www.hanisauland.de

Letztlich bleibt zu den Methoden zu erwähnen, dass diese im Idealfall auf der Curricularen oder Konzeptionellen Ebene verankert sein sollten, um Qualitätsstandards für Demokratiebildung in der Kindheitspädagogik zu schaffen. Dies wurde in den Bildungsplänen der Länder Schleswig-Holstein und Bayern bereits vollzogen und lädt nun zur Nachahmung ein.

6. Bedeutung der Demokratiebildung für die Berufspädagogik für Sozialberufe

Die Demokratiebildung in der Kindheitspädagogik sowie einige Methoden wurden in den vorangegangenen Punkten ausgeführt. Die Relevanz und der Bedarf ließen sich durch die Studien der Heinrich-Böll-Stiftung und des Deutschen Kinderhilfswerks erahnen. Durch diese Bedeutung innerhalb der Kindheitspädagogik lässt sich auch die Relevanz für die Ausbildung als angehende Kindheitspädagog*innen und somit auch für Erzieher*innen erahnen. Da all diese Fachkräfte die Ausbildung an Fachschulen, beziehungsweise ein Studium an Fachhochschulen oder Universitäten durchlaufen und später höchstwahrscheinlich im Beruf an Fort- und Weiterbildungen teilnehmen werden, hat die Demokratiebildung für diese Berufe bereits in der Berufspädagogik eine ihre „Wurzeln“.

Die Bedeutung von Pädagoginnen und Pädagogen als Multiplikatoren soll im anschließenden Punkt verdeutlicht werden.

6.1 Funktion pädagogischer Fachkräfte als Multiplikator

Pädagoginnen und Pädagogen sind „*Multiplikatoren*“ der Demokratiebildung. Als Multiplikatoren betrachten wir Personen, die ihr Wissen und ihre Profession mit anderen teilen und an andere weitergeben. Das geteilte Wissen wird durch die Weitergabe „vervielfältigt“. Eine Besonderheit in der Berufspädagogik stellt der *doppelte pädagogische Bezug* dar, welcher beschreibt, dass in der pädagogischen Beziehung zwischen Lehrkraft und SuS Frauen und Männer auf die zukünftige (sozial-)pädagogische Beziehung Erzieher*in und Kind vorbereitet werden.¹⁰⁸ Lehrer*innen der Berufspädagogik stehen also als *Modell*¹⁰⁹ für Interaktionsstile und pädagogische Verhaltensweisen. Sich dies als Berufspädagoge*in bewusst zu machen und in professionelles Handeln, die Planung, Durchführung und Reflexion des Unterrichts einzubeziehen stellt eine

¹⁰⁸ Vgl. Jaszus/Küls 2017, S. 99

¹⁰⁹ *Lernen am Modell* (Bandura) beschreibt den Zusammenhang zwischen einer als positiv, wertschätzend, respektvoll und sympathisch wahrgenommenen Vorbildperson und dem positiven „Lernerfolg“ der Lernenden.

große Verantwortung dar, welche weit über die fachliche und methodische Kompetenz hinausreicht.¹¹⁰ Im besonderen Maße lernen Menschen von Personen (Modellen), denen sie Respekt entgegenbringen, die von ihnen akzeptiert werden, die ihnen sympathisch sind und die die Bedürfnisse des Lernenden zufriedenstellen können.¹¹¹

Bezogen auf Demokratiebildung für die Kindheitspädagogik führen wir uns also vor Augen, dass Berufspädagog*innen besondere Chancen haben demokratisches Denken und Handeln anzuregen. Sie sind in ihrem professionellen und zwischenmenschlichen Handeln Modell für künftige Pädagoginnen und Pädagogen und können durch einen demokratisch gestalteten Unterricht und eine gelebte demokratische Einstellung Vorbilder für diese sein. Berufspädagogen bilden als Modelle die „Modelle von morgen“ aus, welche im Bereich der Kindheitspädagogik die ersten Ansprechpartner und Vorbilder für Demokratiebildung in den Einrichtungen darstellen. Die unter Punkt 4.1 beschriebenen Eigenschaften und Verhaltensweisen lassen sich hier auf das Modellverhalten implizieren.

6.2 Überwältigungsverbot, Neutralitätsgebot und Bildungsauftrag

Als eine der wichtigsten Grundlagen der Demokratiebildung dient der „Beutelsbacher Konsens“, der in den 1970er Jahren formuliert wurde und seither auf grundlegende didaktische Leitgedanken verweist. Die drei entscheidenden Elemente, welche aus dem Beutelsbacher Konsens hervorgingen, waren das **Überwältigungsverbot**, die **Beachtung kontroverser Positionen** in Wissenschaft und Politik im Unterricht und die **Befähigung der Schüler*innen**, in politischen Situationen ihre eigenen Interessen zu analysieren.¹¹²

Das Überwältigungsverbot beschreibt, dass es nicht erlaubt ist Schüler*innen, mit welchen Mitteln auch immer, im Sinne einer erwünschten Meinung zu überrumpeln und somit an der „Gewinnung eines selbstständigen Urteils“ zu hindern. Dies dient dem Schutz vor Indoktrination von Schüler*innen und verfolgt das Ziel der Mündigkeit der SuS.¹¹³

Die Beachtung kontroverser Positionen in Wissenschaft und Politik im Unterricht fordert Lehrkräfte auf den SuS unterschiedliche Standpunkte anzubieten.¹¹⁴ Es geht darum Alternativen und

¹¹⁰ Vgl. Jaszus/Küls 2017, S. 104

¹¹¹ Vgl. Jaszus/Küls 2017, S. 185

¹¹² Vgl. bpb – Online: Aus Politik und Zeitgeschichte (B 45/2002)

¹¹³ Vgl. bpb – Online: Beutelsbacher Konsens

¹¹⁴ Vgl. ebd.

andere Meinungen (Pluralismus) zuzulassen und nicht „die eine Wahrheit“ als gegeben darzustellen. Dies wäre zum Beispiel der Fall, wenn Lehrer*innen eine politische Partei bewerben oder SuS sagen wen sie wählen oder nicht wählen sollen. Man spricht auch von dem sogenannten „Neutralitätsgebot“, welches neben der politischen Freiheit ebenso andere Bereiche wie Geschlecht, Religion, Abstammung etc. (vgl. GG Art. 3¹¹⁵) betrifft.

Als drittes Element beschreibt der Beutelsbacher Konsens die Befähigung der Schülerinnen und Schüler in politischen Situationen ihre eigenen Interessen zu analysieren und nach Mitteln und Wegen zu suchen die vorgefundene politische Lage im Sinne ihrer eigenen Interessen zu beeinflussen. Diese Zielsetzung betont in hohem Maße operationale Fähigkeiten die von Schüler*innen erlangt werden sollen.¹¹⁶

Die Ziele des Beutelsbacher Konsens umschreiben kurz gefasst also den Erwerb von Selbst- und Handlungskompetenzen im Bereich der Demokratiebildung, das Gebot der Neutralität sowie dem Verbot von Überwältigung.

6.3 Vorbildfunktion als Lehrperson

Vertiefend wird in diesem Punkt die Vorbildfunktion als Lehrperson verdeutlicht. Wie unter Punkt 6.1 beschrieben wurde, sind Lehrer ein Modell für ihre Schülerinnen und Schüler. Sie tragen in der Demokratiebildung und insgesamt in der Rolle der Lehrperson besondere Verantwortung sich professionell zu verhalten. Dazu zählt das Vorleben einer demokratischen und kooperativen Haltung und ein Verhalten nach dem unter Punkt 6.2 beschriebenen Beutelsbacher Konsens. Doch nicht nur in ihrer individuellen Rolle können Lehrkräfte zu einem demokratischen Umfeld der Schülerinnen und Schüler beitragen. Hierzu beschreibt Volker Reinhardt Ebenen und Formen demokratischer Schulentwicklung.¹¹⁷

Die **individuelle Ebene** beschreibt den Umgang untereinander und das vorherrschende Klima als Fundament. Dazu zählen eine gewaltlose Konfliktlösung, demokratische Kommunikations- und Aushandlungsformen genau wie eigenverantwortliches Handeln.¹¹⁸

¹¹⁵ Gesetze im Internet: GG Art. 3

¹¹⁶ Vgl. bpb – Online: Beutelsbacher Konsens

¹¹⁷ Vgl. Reinhardt 2010, S. 96 ff.

¹¹⁸ Vgl. Reinhardt 2010, S. 98

Die **Klassenebene** unterteilt Reinhardt in drei Bereiche: Die *Lehrpersonen innerhalb einer Klasse* treffen gemeinsame Absprachen über Regelungen und Partizipationsformen in der jeweiligen Klasse untereinander. Sie üben zudem einen kooperativen und demokratischen Umgang untereinander aus, zum Beispiel durch verschiedene Unterrichtsmethoden wie Teamteaching.¹¹⁹

Ebenfalls auf der Klassenebene findet sich das Verhältnis zwischen *Schüler*innen und Lehrpersonen*. Dazu zählen die Stärkung der Klassensprecher*innen, echte Räume und Möglichkeiten der Partizipation im Unterricht, eine Feedbackkultur und Unterrichtsevaluation durch die Beteiligten (dies schließt SuS sowie Lehrpersonen ein), das gemeinsame Aushandeln von Klassenregeln und Dilemma-Diskussionen.¹²⁰

Als dritte Form auf der Klassenebene gehört noch das Verhältnis der *Schülerinnen und Schüler* untereinander dazu. Die SuS pflegen einen demokratischen und kooperativen Umgang innerhalb der Klasse. Sie gehen wertschätzend miteinander um und achten auf eine selbstständige Einhaltung der vereinbarten Umgangsformen. Zudem pflegen sie eine kooperative Beurteilungs- und Bewertungskultur.¹²¹

Als dritte Ebene stellt Reinhardt noch die **Schulebene** dar. Hierbei zeichnet er ein *Schulmanagement* mit flachen Hierarchien, einer erweiterten Schulleitung und verschiedenen Steuergruppen ab. Diese sollen eine Schulprogrammarbeit ermöglichen, bei der alle Gruppen sich beteiligen können. Kooperative Unterrichtshospitationen gehören ebenso dazu wie ein transparenter Informationsfluss im Kollegium.¹²² Dies bietet Raum für demokratische Schulprojekte, die über die Grenzen von Klassenräumen hinaus gehen können.

Ebenfalls auf der Schulebene befindet sich die *Schulverfassung*. Diese kann als Vertrag zwischen der Schule und allen Beteiligten verstanden werden. Dieser Vertrag ist veränderbar und muss von Zeit zu Zeit von allen Beteiligten überarbeitet werden. Auch die Schulordnung und das Leitbild können von allen Akteuren gemeinsam erstellt werden.¹²³

Zuletzt finden sich auf der Schulebene noch *Partizipationsformen*, welche einer demokratischen Schulentwicklung zuträglich erscheinen. Hier zählt er auf: Schülerrat, Klassenrat, Schülerver-

¹¹⁹ Vgl. ebd.

¹²⁰ Vgl. ebd.

¹²¹ Vgl. ebd.

¹²² Vgl. ebd.

¹²³ Vgl. ebd.

sammlung, SMV, Just Community, Schülercoaching, Streitschlichtung, Service Learning, Community Service, Partnerschaften etc. auf.¹²⁴

Bezogen auf die individuelle und die Klassenebene haben die Lehrpersonen den wohl größten Einfluss in der Ausgestaltung. Bezogen auf die Schulebene braucht es einer besonders offenen und bereitwilligen Schulleitung um die genannten Strukturen implizieren und verstätigen zu können. Auch das Lehrer*innen Kollegium muss an dieser Stelle mitarbeiten und mitgestalten wollen. Ein hohes Maß an Teamfähigkeit ist hier von allen gefordert, um die demokratische Schulentwicklung zu ermöglichen und umzusetzen.

Ergänzend könnten zu den Ausführungen von Reinhardt auf der Schulebene noch das Aushandeln der Lehrpersonen zum „Problemmanagement“ demokratischer Themen hinzugefügt werden. Ein gemeinsam vereinbarter Rahmen, zum Beispiel zum Umgang mit demokratiefeindlichen Äußerungen von Schüler*innen könnte gegebenenfalls sinnvoll sein. Ebenso bleiben Fort- und Weiterbildungen, welche für die Aktualität und eine verstätigte Professionalität des Unterrichts unverzichtbar sind hier unerwähnt.

Zusammenfassung

Demokratiebildung umfasst mehr als der theoretische Politikunterricht in der Schule vermitteln könnte und beginnt viel früher. Demokratie ist auch mehr als eine reine Herrschaftsform. Demokratie ist genauso eine Gesellschaftsform und eine Lebensform. Die Demokratie zeichnet sich durch einen stetigen Lernprozess aus, in dem kein gleichbleibender Ist-Zustand aufrechterhalten wird. Sie lebt von der Veränderung und muss sich stets neu bewähren. Demokratiebildung umfasst daher grundlegend lebensweltliche und gesellschaftliche Werte und baut strukturell auf geltenden Menschen- und Bürgerrechten auf. Eine demokratie-zugewandte Gesellschaft, bestehend aus demokratie-zugewandten Bürgern bietet daher die beste Grundlage für eine lebendige und gelingende Demokratie. Dazu zählen Engagierte und offene Bürger und eine Vielfalt an Partizipationsmöglichkeiten in Vereinen, Verbänden, Gewerkschaften, sowie freiheitliche Bestimmungen, die auf Chancengleichheit und Pluralismus hinwirken.

Die Kindheitspädagogik umfasst ein ebenso weites und heterogenes Feld wie die Demokratie. Es ist gekennzeichnet durch die Vielfalt an Einrichtungen (Krippe, Kita, Hort, ...), einer breiten

¹²⁴ Vgl. ebd.

Altersspanne der betreuten Kinder (0-10 Jahre) und damit verbunden auch einem breiten Spektrum individueller Entwicklungen und Bedürfnisse. Kindheitspädagog*innen sind in der alltäglichen Arbeit mit einer Vielzahl verschiedener Mandate beauftragt und setzen sich mit einer großen Bandbreite der Gesellschaft auseinander. Kindheitspädagogik steht in engem Zusammenhang mit den Themen Bildung, Erziehung und Lernen, was die Demokratiebildung einschließt. Gerade junge Kinder lernen durch ganzheitliche Erfahrungen und Ausprobieren. In stetigen Anpassungsprozessen entdecken und erkunden sie ihre Umwelt. Gesellschaftliche Werte – auch demokratische Werte – werden schon im jungen Kindesalter vorgelebt, ausprobiert und im besten Fall verinnerlicht. Das Vorleben demokratischer Werte spielt deshalb gerade in der Kindheitspädagogik eine große Rolle. Die Partizipation von Kindern kann auch über pädagogische Institutionen hinaus durch vielfältige Methoden ausprobiert und unterstützt werden. Partizipation kann Brücken schlagen zwischen der lebensweltlichen, der gesellschaftlichen und der herrschaftlichen Demokratie. Kinder können dadurch Selbstwirksamkeit erleben, können sich eigene Meinungen bilden und diese äußern. Zudem wird ihnen ermöglicht in demokratischen Prozessen elementare Dinge über sich und ihre Umwelt, zum Beispiel wie ein Parlament funktioniert, zu lernen.

Die Relevanz der Demokratiebildung für die Kindheitspädagogik und ob bereits in der frühen Kindheit mit Demokratiebildung begonnen werden soll, lässt sich mit dem Bezug zur gesellschaftlichen und lebensweltlichen Demokratie veranschaulichen. Auch wenn Kinder in jungen Jahren noch keinen Bezug zum herrschaftlichen System haben, so haben sie doch alltäglich mit ihrer Lebenswelt und der Gesellschaft zu tun. In demokratischen Staaten sind sie ein Teil davon und wachsen darin auf. Sofern die Vorbilder dieser Kinder, in erster Linie die Eltern, in zweiter Linie auch weitere Bezugspersonen wie Erzieher*innen, Kindheitspädagog*innen und Lehrer*innen, demokratische Werte leben und vermitteln, so kennt die Demokratiebildung kein Mindestalter.

Kritisch zu betrachten ist, dass Demokratiebildung zwar auf der Schulebene eine breite Basis besitzt, das Thema in der Kindheitspädagogik jedoch bisher noch wenig Anklang zu finden scheint. Die strukturellen Gegebenheiten von Kitas könnten jedoch oftmals günstigere Bedingungen für Demokratiebildung bieten als die Struktur vieler Schulen. Das System Schule ist in vieler Hinsicht auf strengeren Hierarchien aufgebaut und hängt daher in hohem Maße von der Bereitschaft der Lehrkräfte ab diese Struktur für mehr Partizipation der Kinder zu öffnen.

Letztlich bleibt zu resümieren, dass die Demokratiebildung in der Kindheitspädagogik sehr divers verläuft. Die Standards der Länderinternen Bildungspläne gehen weit auseinander, weshalb auch der Anspruch an pädagogische Einrichtungen und pädagogische Fachkräfte in dieser Hinsicht weit auseinanderdriftet. Einheitliche Standards, etwa auf dem Niveau der Schleswig-Holsteinischen Bildungsleitlinien, könnten möglicherweise über die Kultusministerkonferenz (KMK) etabliert werden. Hierfür scheint es sinnvoll zunächst weiterführende Studien zum Etablierungsgrad von Demokratiebildung und Partizipation in der Kindheitspädagogik anzustellen.

Durch den Einbezug der Berufspädagogik kann es gelingen flächendeckende Standards der Demokratiebildung schneller zu etablieren. Aus-, Weiter- und Fortbildungsprogramme, welche die zu erwerbenden Kompetenzen um demokratische Aspekte erweitern, beziehungsweise den Gesellschafts- und Lebensweltbezug von Demokratie in die didaktischen Planungen einbeziehen, könnten nachhaltige und vielfältige Möglichkeiten der Demokratiebildung schaffen. Eine breite Vielfalt an Methoden, welche zum Beispiel in den Umgang mit der UN-Kinderrechtskonvention einführen, bieten Partizipationsmöglichkeiten und können das demokratische Denken und Handeln fördern. Berufspädagog*innen können dafür sorgen, dass solche Methoden sich unter Kindheitspädagog*innen und Erzieher*innen verbreiten und setzen somit Schwerpunkte für die Ausgestaltung der beruflichen Tätigkeit der pädagogischen Fachkräfte. Eine selbstreflektierte Haltung im Umgang mit politischen Themen ist und bleibt in jeder Form des Unterrichts und pädagogischer Arbeit obligatorisch.

Anhang

****Aus ökologischen Gründen wird in dieser Arbeit auf den Ausdruck von Anhängen in Papierform verzichtet. Erläuterungen zu den Methoden, sowie Gesetzestexten sind über das Quellenverzeichnis zu finden und in weiten Teilen Online zum Download abrufbar.****

Quellen

AWO-Rostock - Kindertagesstätte Rappelkiste: Pädagogische Schwerpunkte der Kita, Online-URL: <http://www.kitas.csmrostock.de/kindertagesstaette-rappelkiste/kita-schwerpunkte/paedagogische-schwerpunkte> [Stand: 21.01.2020]

bpb – Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.):

30 Jahre UN-Kinderrechtskonvention. Online URL: <https://www.bpb.de/politik/hintergrund-aktuell/195229/30-jahre-un-kinderrechtskonvention> [Stand: 13.01.2020]

Aus Politik und Zeitgeschichte/APuZ (B45/2002): Politische Bildung im Streit um die „intellektuelle Gründung“ der Bundesrepublik Deutschland.

Online-URL: <http://www.bpb.de/apuz/26627/politische-bildung-im-streit-um-die-intellektuelle-gruendung-der-bundesrepublik-deutschland> [Stand: 25.01.2020]

Beutelsbacher Konsens. Online-URL: <http://www.bpb.de/die-bpb/51310/beutelsbacher-konsens> [Stand: 25.01.2020]

Danner, Stefan: Demokratische Partizipation von Kindern in Kindergärten: Hintergründe, Möglichkeiten und Wirkungen. Online-URL: <http://www.bpb.de/gesellschaft/bildung/zukunftsbildung/255737/partizipation-in-der-kita> [Download: 28.12.2019]

Demokratie. Heft 332/2017. Bonn 2017

Fridays for Future. Lexika. Das junge Politik-Lexikon.

Online-URL: <https://www.bpb.de/nachschlagen/lexika/das-junge-politik-lexikon/293261/fridays-for-future> [Stand: 13.01.2020]

Kinderinteressenvertretungen in Deutschland.

Online-URL: <https://www.bpb.de/lernen/grafstat/partizipation-vor-ort/155173/info-02-04-kinderinteressenvertretungen> [Stand: 13.01.2020]

Kutscher, Nadia: Bürgerbeteiligung im Kontext des Internets: Problem oder Perspektive? Online-URL: <https://www.bpb.de/gesellschaft/medien-und-sport/medienpolitik/236655/buergerbeteiligung-im-kontext-des-internets?p=all> [Stand: 08.01.2020]

Mündigkeit. Lexika. Das junge Politik-Lexikon.

bpb – Online, Online-URL: <http://www.bpb.de/nachschlagen/lexika/das-junge-politik-lexikon/161431/muendigkeit> [Stand: 26.01.2020]

Suche: „Prävention“. Online-URL:

<https://www.bpb.de/suche/?suchwort=pr%C3%A4vention&suchen=Anfrage+senden> [Stand: 23.01.2020]

Buggle, Franz: Die Entwicklungspsychologie Jean Piagets. 2. Auflage. Stuttgart 1985

Deutscher Bundestag: Prinzip der Gewaltenteilung. Online-URL:

<https://www.bundestag.de/parlament/aufgaben/rechtsgrundlagen/gewaltenteilung-246408> [Stand: 02.01.2020]

Deutscher Bundestag, Wissenschaftliche Dienste: Kurzinformation Kinderbeauftragte, WD 9 -3000 - 071/18 vom 20. September 2018. [Download: 05.01.2020]

Deutsches Kinderhilfswerk (Hrsg.): Online: www.dkhw.de

Pixi-Begleitheft 5. (Download: 28.12.2019), Online-URL: <https://shop.dkhw.de/de/>

Claudia Kittel: Kinderrechte Kinderleicht. Arbeitsmaterialien für die Kita zum Thema Kinderrechte, Berlin 2017

DUDEN Online. www.duden.de

Gesetze im Internet: Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland. (GG) Online URL:

<http://www.gesetze-im-internet.de/gg/GG.pdf> [Download: 05.01.2020]

Göttinger Institut für Demokratieforschung (Hrsg.): Klassensprecher(innen)wahlen. Arbeitsblätter zur Demokratieerziehung in der Grundschule. Ausgabe 01/2014. Göttingen 2014. Online-URL:

<http://www.demokratie-goettingen.de> [Stand: 09.01.2020]

Himmelman, Gerhard: Demokratie-Lernen in der Schule. Schwalbach 2017.

Jaszus, Rainer/Küls, Holger (Hrsg.): Didaktik der Sozialpädagogik. 2. Auflage. Hamburg 2017.

Lauer, Christian: Beziehungsdidaktik. Sozial-Konstruktivistisches Lernen in der Sozialpädagogik.

In: Jaszus/Küls (Hrsg.): Didaktik der Sozialpädagogik. 2. Auflage. Hamburg 2017.

Klein, Lothar/Vogt, Herbert: Freinet-Pädagogik in Kindertageseinrichtungen. Freiburg 1998.

MDR.de – Mitteldeutscher Rundfunk: Angriff auf Synagoge in Halle. Online URL:

<https://www.mdr.de/sachsen-anhalt/ticker-schiesserei-halle-100.html> [Stand: 06.01.2020]

Ministerium für Soziales, Gesundheit, Wissenschaft und Gleichstellung des Landes Schleswig-Holstein

(Hrsg.): Erfolgreich starten. Leitlinien zum Bildungsauftrag von Kindertageseinrichtungen. 5. Auflage. Kiel 2012.

Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur des Landes Mecklenburg-Vorpommern. (Hrsg.):
Vorläufiger Rahmenplan. Fachschule für Sozialwesen. Bildungsgang: Staatlich anerkannte
Erzieherin/Staatlich anerkannter Erzieher. Schwerin 2016.

NOMOS: Gesetzte für die Soziale Arbeit. Textsammlung. 6. Auflage. Baden-Baden 2017.

Spiegel.de – Spiegel Online: Was am Breitscheidplatz geschah. Online URL:
<https://www.spiegel.de/politik/deutschland/anschlag-in-berlin-was-am-19-dezember-geschah-a-1126773.html> [Stand: 06.01.2020]

Statista.com:

Amtliches Ergebnis der Europawahl am 26. Mai 2019 in Deutschland, Online-URL:
<https://de.statista.com/statistik/daten/studie/12327/umfrage/amtliches-ergebnis-der-europawahl-2009/> [Stand: 13.01.2020]

Ergebnis der Europawahl am 26. Mai 2019 in Deutschland bei den unter 30-jährigen Wählern,
Online-URL: <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1010735/umfrage/ergebnis-der-europawahl-bei-unter-30-jaehrigen-waehlern/> [Stand: 13.01.2020]

Zufriedenheit mit der Demokratie in Deutschland, Online-URL:
<https://de.statista.com/statistik/daten/studie/153854/umfrage/zufriedenheit-mit-der-demokratie-in-deutschland/> [Stand: 25.01.2020]

Gefahr für die Demokratie in Deutschland durch die AfD 2019, Online-URL:
<https://de.statista.com/statistik/daten/studie/914105/umfrage/umfrage-zur-gefahr-fuer-die-demokratie-in-deutschland-durch-die-afd/> [Stand: 25.01.2020]

UNICEF: Die UN-Kinderrechtskonvention. Regelwerk zum Schutz der Kinder weltweit. Online-URL:
<https://www.unicef.de/informieren/ueber-uns/fuer-kinderrechte/un-kinderrechtskonvention> [Stand: 05.01.2020]

Walther, Andreas: Schulsozialarbeit – Analysen, Berichte, Stellungnahmen. Bildungsbegriff(e) in der
Jugendhilfe – Eine Spurensuche. Eisenach 2011.

Youtube: Rezo ja lol ey. Die Zerstörung der CDU, 18.05.2019, Online-URL:
<https://www.youtube.com/watch?v=4Y1lZQsyuSQ> [Stand: 13.01.2020]

Zitate.net: Zitat 1246. Winston Churchill (*1874 †1965), Online-URL: <http://zitate.net/zitat?id=1246>
[Stand: 15.01.2020]

Zeit.de – Zeit Online: G20-Gipfel. Vier Tage Ausnahmezustand. Online URL:
<https://www.zeit.de/politik/2017-07/g20-gipfel-hamburg-live> [Stand: 06.01.2020]

Weiterführende Literatur und Material zum Download:

Literatur:

Beutel, Wolfgang/Fausser, Peter (Hrsg.): Demokratie erfahren. Analysen, Berichte und Anstöße aus dem Wettbewerb „Förderprogramm Demokratisch Handeln“. Schwalbach 2013.

Bevc, Tobias: Politische Theorie. 3. Auflage. München 2019.

Coelen, Thomas: Partizipation und Demokratiebildung in pädagogischen Institutionen. Weinheim 2019

Knauer, Rainard (Hrsg.)/Sturzenhecker, Benedikt (Hrsg.): Demokratische Partizipation von Kindern. Weinheim 2016.

Lange, Dirk/Himmelmann, Gerhard (Hrsg.): Demokratiedidaktik. Impulse für die Politische Bildung. Wiesbaden 2010.

May, Michael: Demokratielernen oder Politiklernen? Schwalbach 2008.

Ruppin, Iris (Hrsg.): Kinder und Demokratie. Weinheim 2018.

Material:

Aachener Kinderparlament:

Deutsches Kinderhilfswerk (Hrsg.): Online: www.dkhw.de

Pixi-Begleitheft 5. Online-URL: <https://shop.dkhw.de/de/>

Claudia Kittel: Kinderrechte Kinderleicht. Arbeitsmaterialien für die Kita zum Thema Kinderrechte, Berlin 2017

„Das ist Kindersache“ www.kindersache.de

Göttinger Institut für Demokratieforschung (Hrsg.): Klassensprecher(innen)wahlen. Arbeitsblätter zur Demokratieerziehung in der Grundschule. Ausgabe 01/2014. Göttingen 2014. Online-URL: <http://www.demokratie-goettingen.de> und <http://www.kinderdemokratie.de/>

„Hanisauland – Politik für dich“ www.hanisauland.de

UNICEF: Die UN-Kinderrechtskonvention. Regelwerk zum Schutz der Kinder weltweit. Online-URL: <https://www.unicef.de/informieren/ueber-uns/fuer-kinderrechte/un-kinderrechtskonvention>

(Viele Materialien sind als PDF im Digitalen Anhang zu finden!)